

Die Arbeitsmarktsituation für Frauen in Berlin-Brandenburg

Dieter Bogai

Doris Wiethölder

Michael Partmann

Die Arbeitsmarktsituation für Frauen in Berlin-Brandenburg

Dieter Bogai
Doris Wiethölter
*Michael Partmann**

* Wir danken Jeanette Carstensen für umfangreiche Datenauswertungen und die formale Gestaltung des Berichts.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
2	Erwerbsbeteiligung	8
3	Ausbildungsmarkt	13
3.1	Schulabgänger/-innen und –absolventen/-innen	13
3.2	Ausbildungsstellenmarkt	16
3.3	Übernahme von Auszubildenden	19
4	Beschäftigung	20
4.1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	20
4.2	Teilzeitarbeit	25
4.3	Geringfügig Beschäftigte	27
5	Regionale Mobilität in Berlin-Brandenburg	28
5.1	Regionale Wanderungssalden in Brandenburg	29
5.2	Regionales Pendlerverhalten	30
5.3	Abwanderung und Pendeln junger Frauen im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs	33
6	Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik	37
6.1	Entwicklung der Arbeitslosenquoten	38
6.2	Arbeitszeitwünsche arbeitsloser Frauen und Männer	39
6.3	Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II und III	40
6.4	Regionale Arbeitslosigkeit in Berlin-Brandenburg	41
6.5	Höhe des Arbeitslosengeldes	42
6.6	Beteiligung an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung	44
6.7	Ergebnisse der Evaluation arbeitsmarktpolitischer Instrumente	46
7	Bevölkerungsprognosen	48
7.1	Brandenburg	48
7.2	Berlin	50
8	Fazit	50
9	Literaturverzeichnis	53
10	Anhang	57
10.1	Methodische Erläuterungen	57
10.2	Begriffliche Erläuterungen	58
10.3	Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge, BGB II 2000	60
10.4	Tabellenanhang	61

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Erwerbsquoten in Berlin nach Altersgruppen und Geschlecht 2007	9
Abbildung 2:	Erwerbsquoten in Brandenburg nach Altersgruppen und Geschlecht 2007	10
Abbildung 3:	Beschäftigungsquoten* in Berlin-Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2007	12
Abbildung 4:	Schulabschlüsse der Absolventen und Absolventinnen in Berlin nach Geschlecht 2006	14
Abbildung 5:	Schulabschlüsse der Absolventen und Absolventinnen in Brandenburg nach Geschlecht 2006	15
Abbildung 6:	Beschäftigungsentwicklung in Berlin nach Geschlecht 2000 bis 2007	24
Abbildung 7:	Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007	25
Abbildung 8:	Wanderungssalden* der Brandenburger Kreise nach Geschlecht 1995-2006	30
Abbildung 9:	Entwicklung der Pendlerquoten in Berlin nach Geschlecht 1995 bis 2007	31
Abbildung 10:	Entwicklung der Pendlerquoten in Brandenburg nach Geschlecht 1995 bis 2007	32
Abbildung 11:	Abwanderung Jugendlicher im Alter von 16 bis 25 Jahren 2000 bis 2005 über die Landesgrenze Brandenburgs nach Geschlecht (absolut)	34
Abbildung 12:	Abwanderungsanteile junger Menschen* aus Brandenburg (Berlin ferne Kreise) nach Geschlecht in Prozent	35
Abbildung 13:	Junge Auspendler und Auspendlerinnen (über die Landesgrenze) aus dem äußeren Entwicklungsraum (Beschäftigungsanteile) nach Geschlecht 2007	36
Abbildung 14:	Arbeitslosenquoten* in Berlin nach Geschlecht 2000 bis 2007	38
Abbildung 15:	Arbeitslosenquoten* in Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007	39
Abbildung 16:	Arbeitslosenquoten* in Berlin-Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2007	42
Abbildung 17:	Durchschnittliche Leistungshöhe im Rechtskreis SGB III in Berlin-Brandenburg nach Geschlecht, Jahresdurchschnitt 2007	43
Abbildung 18:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 (Anteile in Prozent)	44
Abbildung 19:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 (Anteile in Prozent)	46
Abbildung 20:	Entwicklung der Bevölkerung in Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2006 bis 2030	50

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	TOP-10-Berufe der Auszubildenden in Berlin nach Geschlecht 2007	18
Tabelle 2:	TOP-10-Berufe der Auszubildenden in Brandenburg nach Geschlecht 2007	18
Tabelle 3:	Übernahmequoten der Auszubildenden in Berlin-Brandenburg nach Branchen und Geschlecht 2007 in Prozent	19
Tabelle 4:	Beschäftigte in Berlin nach Branchen und Geschlecht 2007	22
Tabelle 5:	Beschäftigte in Brandenburg nach Branchen und Geschlecht 2007	23
Tabelle 6:	Beschäftigungsentwicklung in Berlin-Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007	24
Tabelle 7:	Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigung mit Frauenanteilen 2003 bis 2007	27
Tabelle 8:	Auspendler und Auspendlerinnen aus Brandenburg nach Zielbundesländern und Geschlecht 2007	33
Tabelle 9:	Pendlerziele junger Auspendlerinnen* aus dem äußeren Entwicklungsraum nach Bundesländern 2007	37
Tabelle 10:	Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Beschäftigte nach Geschlecht 2000 und 2007	61
Tabelle 11:	Beschäftigungsentwicklung nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)	62
Tabelle 12:	Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten* nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)	62
Tabelle 13:	Beschäftigungsentwicklung nach der Arbeitszeit und Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)	63
Tabelle 14:	Wanderungssalden* der Brandenburger Kreise nach Geschlecht 1995 bis 2006	64
Tabelle 15:	Entwicklung der Arbeitslosenquoten* nach Geschlecht 2000 bis 2007 (einzelne Jahre)	65
Tabelle 16:	Gewünschte Arbeitszeit* der Arbeitslosen nach Geschlecht 2000 bis 2007 (absolut, einzelne Jahre)	66
Tabelle 17:	Gewünschte Arbeitszeit* der Arbeitslosen nach Geschlecht 2000 bis 2007 (Anteile in Prozent, einzelne Jahre)	67
Tabelle 18:	Entwicklung der Arbeitslosen nach Rechtskreisen und Geschlecht 2005 bis 2007 (einzelne Jahre)	68
Tabelle 19:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 – Insgesamt	69
Tabelle 20:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Berlin nach Geschlecht 2007 – SGB III	69
Tabelle 21:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 – Insgesamt	70
Tabelle 22:	Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Brandenburg nach Geschlecht 2007 – SGB III	70
Tabelle 23:	Entwicklung der Gesamtbevölkerung in Brandenburg nach Kreisen 2006 bis 2030 (in Tausend)	71
Tabelle 24:	Entwicklung der weiblichen Bevölkerung in Brandenburg nach Kreisen 2006 bis 2030 (in Tausend)	72

1 Einleitung

Etwa seit Mitte der 1990er Jahre wird von den EU-Mitgliedsstaaten Gleichstellungspolitik als umfassender, integrierter Ansatz verfolgt, der spezifische Maßnahmen zur Frauenförderung mit der Verbreitung einer geschlechtsspezifischen Sichtweise bei Analyse, Planung und Umsetzung von Maßnahmen, im Controlling und in der Bewertung verknüpft. Dafür hat sich der Begriff „Gender Mainstreaming“ eingebürgert. Als gesellschaftspolitische Zielsetzung gilt, dass die Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben nicht durch geschlechtsspezifische Hindernisse eingeschränkt werden soll. Dieser Bericht hat zum Ziel, die Arbeitsmarktsituation als wichtigen Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe für Frauen in der Region Berlin-Brandenburg zu analysieren.

Bevor die verschiedenen Aspekte des regionalen Arbeitsmarktes geschlechtsspezifisch betrachtet werden, soll zunächst der Rahmen der Gleichstellungspolitik, der auf der Europäischen Ebene entwickelt wurde und der die Nationalstaaten entscheidend prägt, skizziert werden.

Von besonderem Einfluss waren die Beschlüsse auf der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking. Diese hatten zur Konsequenz, dass alle Mitgliedstaaten verpflichtet wurden, in ihren nationalen Strategien ein Konzept zur Implementierung von Gender Mainstreaming zu entwickeln. So wurde der EG-Vertrag 1996 in den Artikeln 2 und 3 geändert. Artikel 3, Abs. 2 lautet seither: „Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“ Als „Amsterdamer Vertrag“ machte er 1997 erstmalig verbindliche Vorgaben zum Gender Mainstreaming für alle EU-Staaten, die sowohl in die beschäftigungspolitischen Leitlinien als auch in die Verordnungstexte der geänderten Strukturfonds ab 2000 einfließen. 1999 verpflichteten sich alle Mitgliedstaaten auf den Gender Mainstreaming-Ansatz bei der Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien (den EU-weiten Zielen der Beschäftigungspolitik).

Im Einzelnen sollen spezielle Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt ergriffen werden:

- Gender Mainstreaming soll als Querschnittsaufgabe verstanden werden, wobei geschlechtsspezifische Wirkungen bei der Berichterstattung dokumentiert und bei der Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Programme berücksichtigt werden müssen.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll durch Kinderbetreuungseinrichtungen verbessert werden, ebenso die Rückkehr in den Beruf nach der Familienphase.

Die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU wurden in Deutschland 1999 erstmalig in nationale Aktionspläne umgesetzt, seit 2000 ist die Chancengleichheit von Frauen und Männern ein unabhängiges Ziel. Die Umsetzung der Richtlinien in das Sozialgesetzbuch III hatte zur Folge, dass Frauen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen proportional zu ihrem Arbeitslosenanteil berücksichtigt werden müssen. Besondere Programme sollen Frauen beruflich unterstützen und Nachteile am Arbeitsmarkt insbesondere für Berufsrückkehrerinnen ausgleichen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollen hinsichtlich Zeit, Inhalt und Organisation den besonderen Familienumständen Rechnung tragen. Die Maßnahmen sind zu dokumentieren und in Eingliederungsbilanzen aufzuführen.

Von besonderer Bedeutung für eine gezielte, handlungsorientierte Umsetzung von mehr Chancengleichheit ist die Erhebung von geschlechtsspezifischen Daten. In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung hat die Hans-Böckler-Stiftung einen so genannten „Gender-Index“ (Gatzweiler/Meyer/Milbert 2008) entworfen, der unter Verwendung von 19 Indikatoren einen regionalen Vergleich hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen und Männern ermöglichen soll. Für diese 19 Indikatoren werden die relativen Abweichungen der Indikatorenausprägungen für Frauen und Männer ermittelt, daraus wird wiederum ein Mittelwert – der Gender-Index – erstellt. Unter den 439 Stadt- und Landkreisen in Deutschland belegte Berlin im Jahr 2006 dabei einen sehr guten 15. Rang. In Brandenburg befindet sich mit Teltow-Fläming auf Rang 5 sogar einer der deutschlandweit besten zehn Kreise. Auch die übrigen Kreise Brandenburgs liegen im oberen Drittel.

In diesem Bericht sollen verschiedene Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Frauen in Berlin und Brandenburg beleuchtet werden. Wirtschaftsstrukturelle Besonderheiten der beiden Bundesländer und Disparitäten innerhalb Brandenburgs zwischen Berlin nahen und fernen Regionen sind dabei von Bedeutung. Der gravierende Strukturwandel in den 1990er Jahren zulasten der Industrie und die verhaltene Wirtschaftsentwicklung in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts belasten die Beschäftigungssituation in den beiden Bundesländern nachhaltig. 2005 war das reale Bruttoinlandsprodukt in Berlin um 6,0 Prozent niedriger als 2000 (Brandenburg +2,3 %). Die anschließende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung zeigte sich auch in Berlin und in Brandenburg. Das Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr lag 2007 in Berlin bei 2,1 Prozent und in Brandenburg bei 2,2 Prozent (Bund 2,5 %). Gleichwohl ist Wirtschaftskraft der Region Berlin-Brandenburg im bundesdeutschen Vergleich gering. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner lag 2007 in Berlin um 18,4 Prozent und in Brandenburg um 40 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Region Berlin-Brandenburg ist durch starke räumliche Disparitäten gekennzeichnet (vgl. Bogai/Wiethölter 2005: 22–25). Einerseits bietet die Metropole Berlin als Dienstleistungszentrum vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Andererseits verfügt Brandenburg nur über wenige Agglomerationen. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte liegen in einigen Regionen in traditionellen Industrien (Energiewirtschaft und Stahlerzeugung). Die als zukunftsfähig eingestuften Branchenkompetenzfelder sind in Teilen auf männerdominierte Industriezweige gerichtet (vgl. Bamming 2006). Die Arbeitsmarktsituation ist nicht nur für Frauen in den Randregionen besonders schwierig.

Dieser Bericht beginnt mit einer Darstellung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen in Berlin und Brandenburg. Dazu gehören die Erwerbsbeteiligung sowie die Integration in Beschäftigung. Grundlegend für eine erfolgreiche Arbeitsmarktkarriere ist die Bildungs- und Ausbildungssituation junger Frauen, die im dritten Abschnitt untersucht wird. Ein Hauptabschnitt beschäftigt sich damit, in welchen Berufen, Branchen und Beschäftigungsformen Frauen in Berlin und Brandenburg tätig sind. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen in Berlin-Brandenburg haben Auswirkungen auf das räumliche Wanderungsgeschehen. Es wird untersucht, inwieweit Frauen mit Abwanderung und Pendeln auf Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt reagieren. Neben der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit soll die finanzielle Absicherung von Frauen durch die Arbeitslosenversicherung dargestellt werden. Schließlich ist die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angesichts der oben genannten EU-Vorgaben von Interesse. Abschließend wird der Blick auf die Zukunft gerichtet und gefragt, wie die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der demografischen Entwicklungen in Berlin und Brandenburg aussehen könnten.

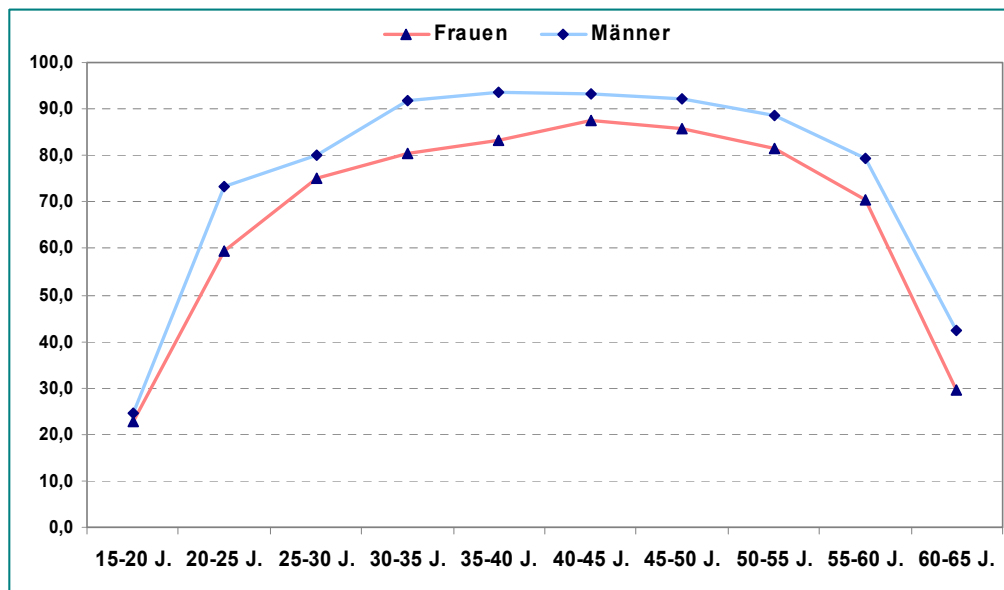
2 Erwerbsbeteiligung

Ein grundlegender Indikator für die Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben ist die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung. Die Erwerbsquote bzw. Erwerbspersonenquote ist der Anteil der erwerbstätigen und arbeitslosen Frauen (Erwerbspersonen) an der weiblichen Bevölkerung im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre). Die Erwerbstätigen- bzw. Beschäftigungsquote zeigt das Ausmaß der tatsächlichen Integration von Frauen in die Wirtschaft an (siehe Definitionen der verschiedenen Kennziffern des Arbeitsmarktes im Anhang). Sie wird im nächsten Abschnitt auf der Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten regional differenziert dargestellt.

Die Erwerbsquote der Frauen lag in der Bundeshauptstadt im Jahre 2007 bei 70,0 Prozent und damit um 8,6 Prozentpunkte niedriger als die der Männer (Tabelle 10 im Anhang). Die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Berlin entspricht damit eher der Situation in den alten Bundesländern. Dies überrascht, da die hohe Ausstattung der Metropole mit Dienstleistungsarbeitsplätzen die Erwerbsbeteiligung der Frauen begünstigen müsste. Zum anderen bestimmt in Westdeutschland in den höheren Altersgruppen die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter das Erwerbsverhalten der Frauen. Ein Grund für die niedrige Erwerbsquote in Berlin dürfte die noch stärkere Haushaltsorientierung der Frauen im westlichen Teil im Gegensatz zum Ostteil der Stadt sein. Zudem ist die Erwerbsbeteiligung unter den Migrantinnen gering ausgeprägt (Brenke 2008). Eine weitere Ursache könnte aber auch die anhaltend schwierige Arbeitsmarktlage sein, die Frauen veranlasst, ihren Erwerbwunsch erst bei besseren Beschäftigungschancen zu realisieren.

Für gewöhnlich steigt die Erwerbsbeteiligung im Lebensverlauf nach dem Erwerb von Bildungsabschlüssen im mittleren Alter an und sinkt – je nach Ruhestandsoptionen – zum Ende des Erwerbslebens wieder. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind vor allem im Erwerbsverhalten verheirateter Frauen mit Kindern begründet. Aufgrund des guten Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern einschließlich Berlins ist es für viele Frauen möglich, schon kurz nach der Geburt eines Kindes zurück in den Arbeitsmarkt zu gehen bzw. den Arbeitsplatz nur kurz zu verlassen.

Im ersten Drittel des Erwerbszyklus liegt die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Berlin stark unter derjenigen der Männer (Abbildung 1). Hierzu trägt eine höhere Bildungsbeteiligung bei sowie ein vorübergehender Rückzug vom Arbeitsmarkt in der Kindererziehungsphase. Im Alter zwischen 40 und 45 Jahren erreicht die Erwerbsquote bei Frauen in Berlin mit 87,5 Prozent den höchsten Wert.

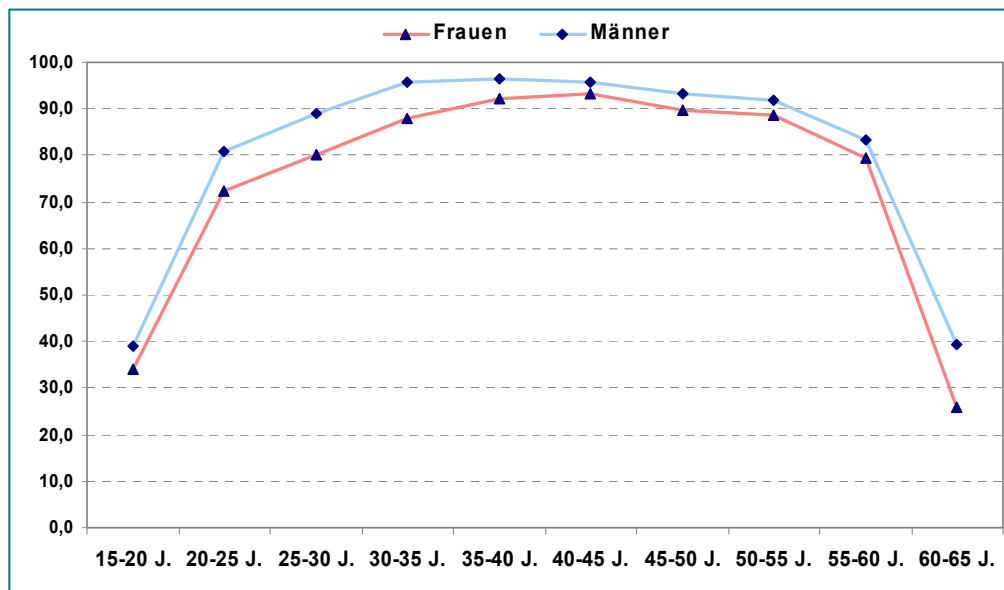
Abbildung 1: Erwerbsquoten in Berlin nach Altersgruppen und Geschlecht 2007

Ergebnisse aus dem Mikrozensus im Jahresdurchschnitt 2007;

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Fachserie 1, R 4.1.1, 2007

Deutlich höher als in Berlin und auch als im ostdeutschen Durchschnitt ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Brandenburg (Abbildung 2). In Brandenburg dürfte stärker als in Berlin die kontinuierliche Vollzeitwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR die Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit prägen. Möglicherweise könnte in Brandenburg zudem die finanzielle Notwendigkeit zur Frauenerwerbstätigkeit größer sein. Bereits zu Beginn des Erwerbslebens ist die Erwerbsneigung der Frauen höher als in Berlin, wozu unter anderem eine geringere Studierneigung der Frauen in Brandenburg beiträgt (vgl. MWFK 2007). Die Erwerbsbeteiligung der mittleren und höheren Altersgruppen unterscheidet sich in Brandenburg kaum zwischen Männern und Frauen und gleicht sich im Alter zwischen 45 und 55 Jahren an. Lediglich in der Altersgruppe über 60 Jahre ist bei den Brandenburger Frauen ein deutliches Absinken der Erwerbsbeteiligung erkennbar. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass zahlreiche beschäftigte Frauen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, mit 60 Jahren in die Altersrente zu wechseln. Diese Möglichkeit bestand für die Geburtsjahrgänge vor 1952¹ und wirkt sich noch in der obersten Altersgruppe aus.

¹ Die Altersgrenze der Altersrente für Frauen wurde zwischen 2000 und 2004 von 60 auf 65 Jahre angehoben. Der erste von der vollen Anhebung betroffene Jahrgang ist der Jahrgang 1945.

Abbildung 2: Erwerbsquoten in Brandenburg nach Altersgruppen und Geschlecht 2007

Ergebnisse aus dem Mikrozensus im Jahresdurchschnitt 2007;

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Fachserie 1, R 4.1.1, 2007

Nachdem im vorigen Abschnitt die Erwerbsbeteiligung von Frauen dargestellt wurde, wird im Folgenden untersucht, wie viele Personen in Berlin-Brandenburg tatsächlich erwerbstätig sind. Dazu wird zunächst die Erwerbstätigkeit in den beiden Bundesländern und anschließend für die kleinräumlich differenzierte Darstellung die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung betrachtet.

Im Jahre 2007 waren in Berlin durchschnittlich 716.000 Frauen erwerbstätig (Tabelle 10 im Anhang). Dies entspricht einer Erwerbstätigenquote von 60,8 Prozent. Damit hat Berlin das in Lissabon für die EU formulierte Ziel einer Frauenbeschäftigungsquote von 60 Prozent im Jahre 2010 bereits erreicht. Gegenüber 2000 sind die Erwerbstätigenzahl um 4,8 Prozent und die Erwerbstätigenquote um 3,9 Prozentpunkte gestiegen. Für die Beurteilung der Erwerbstätigenquote müssen Arbeitszeit sowie die Art der Beschäftigung berücksichtigt werden (vgl. König 2008). Hierbei spielt insbesondere die Zunahme der Selbständigkeit, infolge der verstärkten arbeitsmarktpolitischen Förderung, und der geringfügigen Beschäftigung² eine Rolle.³ Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm in diesem Zeitraum etwas ab, entsprechend sank auch die Beschäftigungsquote um 1,5 Prozentpunkte. Trotz des konjunkturellen Aufschwungs am Ende dieses Zeitraums konzentriert sich die Integration der Frauen in das Beschäftigungssystem auf Arbeitsplätze mit deutlich geringeren Arbeitszeiten (s. Abschnitt 4.2).

² Der Anstieg der Erwerbstätigkeit nach dem Mikrozensus ist teilweise auf eine stärkere Erfassung der geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen. Bis zum Erhebungsjahr 2004 erfasste der Mikrozensus mit dem Konzept der festen Berichtswoche im Frühjahr lediglich den Kern der eher regelmäßig geringfügigen Beschäftigten. Personen, die sporadisch einer geringfügigen Tätigkeit nachgehen oder geringfügig nebstätig sind, wurden untererfasst. Erst seit dem Erhebungsjahr 2005 wird eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche durchgeführt.

³ Zu den Auswirkungen der Hartz-Reformen auf diese Beschäftigungsformen in Berlin vgl. Oschmiansky 2007.

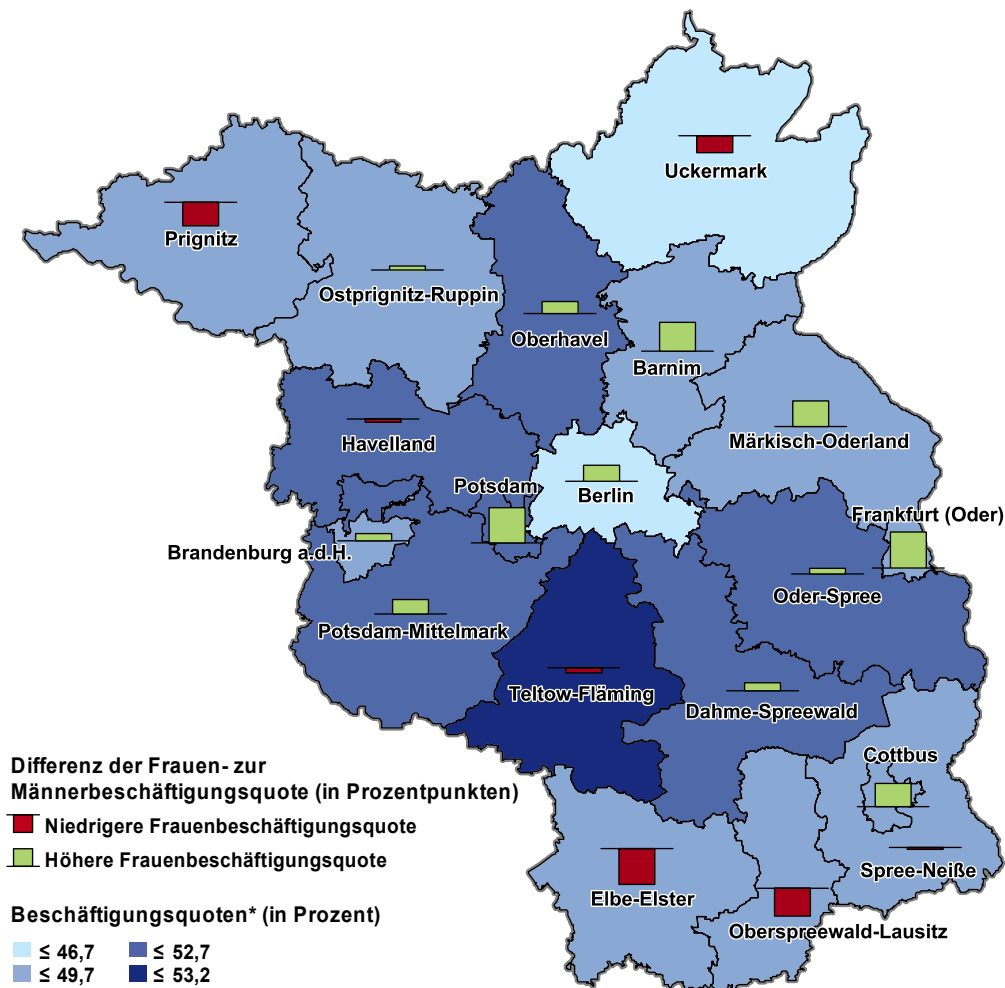
Noch schlechter ist es den männlichen Beschäftigten in diesem Zeitraum in Berlin ergangen. Erwerbstätigkeit und insbesondere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gingen stark zurück. Ergebnis ist eine zwar höhere Erwerbstätigenquote als die der Frauen, aber eine geringere Beschäftigungsquote.

Die Erwerbstätigenquote der Frauen in Brandenburg übertrifft 2007 diejenige in Berlin und auch diejenige in den neuen Bundesländern; sie hat sich in den vergangenen Jahren auch deutlich erhöht (Tabelle 10 im Anhang). Dieser Anstieg beruht auf einer Zunahme der Erwerbstätigkeit in den Bereichen Selbständigkeit und geringfügige Beschäftigung. So erhöhte sich die Anzahl der ausschließlich geringfügig beschäftigten Frauen zwischen 2000 und 2007 in Brandenburg um 33,5 Prozent (Ostdeutschland: 29,4 %). Dagegen war die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung rückläufig. Trotz der zunehmenden Zahl von Brandenburgerinnen, die zur Arbeit in die Hauptstadt pendeln, ist die Beschäftigungsquote der Frauen gesunken. Dies ist auf einen Rückgang der wohnortnahen Arbeitsplätze für Frauen in Brandenburg zurückzuführen.

Abschließend werden die regionalen Beschäftigungsquoten in Berlin und Brandenburg auf Kreisebene nach dem Wohnort⁴ für das Jahr 2007 und die geschlechtsspezifischen Unterschiede dargestellt. Abbildung 3 zeigt, dass die Einwohner und Einwohnerinnen einiger Landkreise, die unmittelbar an Berlin grenzen, vergleichsweise hohe Beschäftigungsquoten realisieren können. Dies sind Regionen mit einerseits relativ hoher Arbeitsplatzdichte und andererseits aufgrund guter infrastruktureller Anbindung an die Hauptstadt vielen Auspendlern nach Berlin. Die höchste Beschäftigungsquote in Berlin-Brandenburg weist der Landkreis Teltow-Fläming mit 53,8 Prozent auf. Dieser Landkreis profitiert wie Dahme-Spreewald, Potsdam-Mittelmark und die Landeshauptstadt Potsdam von positiven Standortfaktoren südlich von Berlin. Diese wirtschaftlichen Schwerpunktregionen Brandenburgs zeichnen sich durch gute infrastrukturelle Ausstattung, Unternehmensansiedlungen im Hochtechnologiebereich (z. B. Biotechnologie, Fahrzeugbau) sowie gutes Fachkräfteangebot aus (vgl. Bogai/Wiethölter 2006b: 49–50). Demgegenüber sind die Bewohner und Bewohnerinnen in den Randregionen Brandenburgs wie die Uckermark (45,8 %) oder Oberspreewald-Lausitz (48,2 %) in der Arbeitsplatzversorgung benachteiligt. Zum einen ist die regionale Arbeitsplatzausstattung geringer, zum anderen erschwert die schwierige Erreichbarkeit anderer Wirtschaftszentren das Berufspendeln. In der Uckermark sind mit dem Baugewerbe und der Landwirtschaft Wirtschaftszweige mit negativer Beschäftigungsentwicklung überdurchschnittlich stark vertreten. Auch fehlende Wissenschaftseinrichtungen bedeuten im Vergleich zu benachbarten Regionen einen Standortnachteil (vgl. Bogai/Mewes/Seibert 2006: 24–25). Im Süden Brandenburgs haben ebenfalls Wirtschaftszweige mit erheblichem Beschäftigungsabbau wie das Baugewerbe und der Bergbau einen hohen Anteil (vgl. Bogai/Wiethölter 2006a: 33). Einpendlerzentren wie Berlin und die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg an der Havel gehen einher mit einer unterdurchschnittlichen Beschäftigungsquote der Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen. Dies erklärt sich vor allem aus der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung, der hohen Bildungsbeteiligung von Stadtbewohnern und der sozialen Segregation bezüglich des Bildungsniveaus.

⁴ Eine Erfassung der Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip beschreibt alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in dem betreffenden Kreis ihren Erstwohnsitz haben, unabhängig davon wo sie arbeiten.

Abbildung 3: Beschäftigungsquoten* in Berlin-Brandenburg nach Kreisen und Geschlecht 2007



* soz.vers.pfl. Wohnortbeschäftigte am 30. Juni 2007 bezogen auf die 15- bis 65-jährige Bevölkerung am 31. Dezember 2007;

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Nachdem die regionalen Unterschiede in der Arbeitsplatzversorgung der Bevölkerung in Berlin-Brandenburg dargestellt wurden, geht es im Folgenden um Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Höhe der regionalen Beschäftigungsquote hat dabei keinen Einfluss auf die Beschäftigungssituation der Frauen: Während in Berlin mehr Frauen als Männer im Verhältnis zur Bevölkerung beschäftigt sind, haben die Kreise im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs (Prignitz, Uckermark, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz), in denen ebenfalls relativ wenig Menschen beschäftigt sind, eine deutlich niedrigere Frauenbeschäftigung zu verzeichnen. Dies ist hauptsächlich auf den niedrigen Anteil des Dienstleistungssektors in den peripheren Flächenkreisen zurückzuführen. Auch in Teltow-Fläming und im Kreis Havelland ist die Beschäftigungsquote der Frauen aufgrund des regional stark vertretenen Verarbeitenden Gewerbes unterdurchschnittlich ausgeprägt. In den Kreisen Barnim und Märkisch-Oderland liegt die Beschäftigungsquote der Frauen dagegen höher als die der Männer. Das ist teilweise auf das Pendeln von weiblichen Beschäftigten in die Dienstleistungsmetropole Berlin

zurückzuführen. In Barnim trägt hierzu zudem die Spezialisierung auf das frauendominierte Gesundheits- und Sozialwesen bei. Auch in den kreisfreien Städten Brandenburgs sowie in Berlin sind die Beschäftigungsquoten der Frauen aufgrund des hohen Anteils des Dienstleistungssektors überdurchschnittlich.

Folgende Befunde lassen sich zur Arbeitsmarktpartizipation der Frauen in Berlin-Brandenburg festhalten. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist in den letzten Jahren in beiden Ländern angestiegen, liegt aber immer noch unter der der Männer. Sie ist in Berlin geringer als in Brandenburg, was einerseits auf eine höhere Bildungsbeteiligung, andererseits auf einen teilweisen Rückzug vom Arbeitsmarkt wegen der schwierigen Beschäftigungssituation in Berlin zurückzuführen sein. Dazu dürfte auch die geringere Erwerbsbeteiligung von Migranten und Migrantinnen beitragen. Nach einer Studie des DIW ist insbesondere die Erwerbsquote von Frauen türkischer Herkunft vergleichsweise gering. Mit 56 Prozent liegt sie deutlich unter dem Anteil von Frauen mit Bezug aus EU-Ländern (73 %; vgl. Brenke 2008).

Insgesamt hat sich die Integration von Frauen in Erwerbstätigkeit in Berlin etwas und in Brandenburg in diesem Jahrzehnt stark erhöht. Es ist aber weniger die sozialversicherungspflichtige als die geringfügige Beschäftigung, die diesen Zuwachs ermöglicht. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zeigt sich, dass Frauen mit Ausnahme der Randregionen Brandenburgs höhere Bevölkerungsanteile aufweisen als die Männer. Detaillierte Analysen zur Beschäftigung der Frauen werden in Abschnitt 4 präsentiert. Im folgenden Abschnitt sollen Bildungsabschlüsse und die Situation auf dem Ausbildungsmarkt als wesentliche Bestimmungsgründe der Arbeitsmarktintegration von Frauen untersucht werden.

3 Ausbildungsmarkt

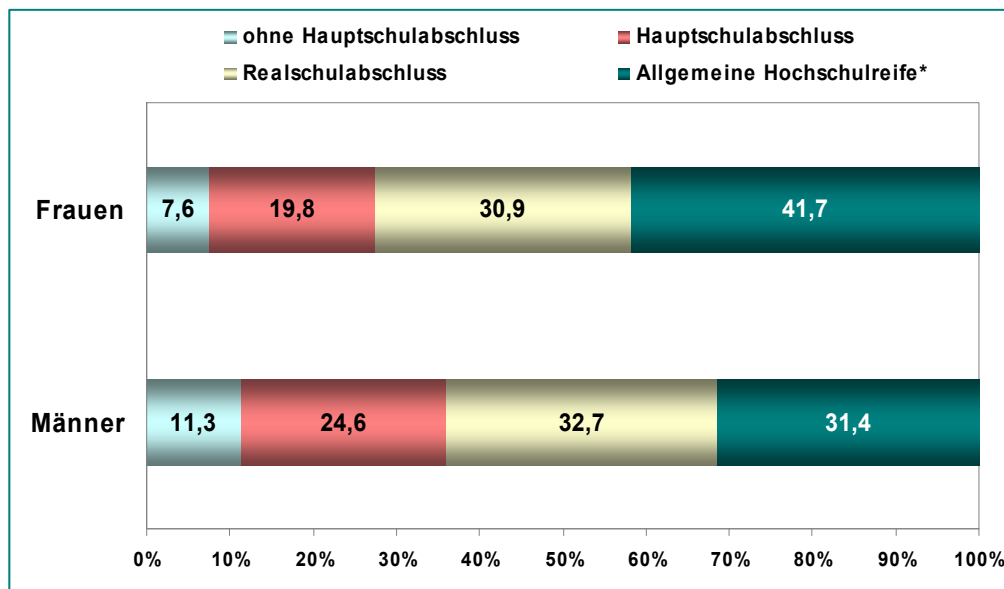
Im diesem Abschnitt wird die Situation der Frauen in Schule und Ausbildung untersucht. Dabei werden zunächst Bildungsabschlüsse dargestellt und einige mögliche Ursachen für die zu beobachtenden geschlechtsspezifischen Unterschiede ermittelt. Im Anschluss daran werden aktuelle Entwicklungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Berlin und Brandenburg erörtert. Daneben sollen auch die von Männern und Frauen am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe sowie die Übernahmequoten nach dem Ende der Ausbildung dargestellt werden.

3.1 Schulabgänger/-innen und –absolventen/-innen

In den letzten Jahren ist der Trend zum Erwerb von höherwertigen Bildungsabschlüssen zum Stillstand gekommen. Dies ist vorrangig auf ein Nachlassen der Anstrengungen von jungen Männern zurückzuführen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008). Denn sowohl in Berlin als auch in Brandenburg erwerben Frauen im Durchschnitt deutlich bessere Bildungsabschlüsse als Männer.

In Berlin konnten im Jahr 2006 41,7 Prozent der weiblichen Absolventinnen die Schule mit der Allgemeinen Hochschulreife beenden, während dies bei den Männern nur 31,4 Prozent waren (vgl. Abbildung 4). Darüber hinaus ist die Zahl der Abgänger und Abgängerinnen – also derjenigen Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen – bei Frauen mit 7,6 Prozent deutlich niedriger als bei Männern (11,3 %). Ähnliches galt für die Zahl der Hauptschulabsolventen und -absolventinnen. Lediglich beim mittleren Bildungsabschluss, der Realschule, unterscheiden sich die Zahlen nur geringfügig.

Abbildung 4: Schulabschlüsse der Absolventen und Absolventinnen in Berlin nach Geschlecht 2006

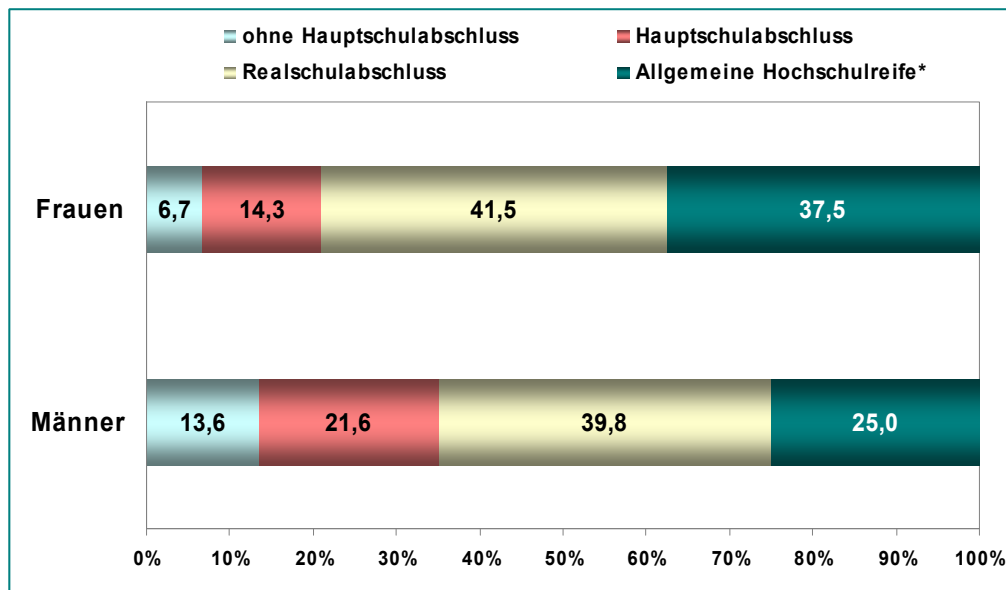


* Ohne Fachhochschulreife; Angaben in Prozent;

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2008

In Brandenburg ist ebenfalls eine Diskrepanz zwischen den Bildungsabschlüssen weiblicher und männlicher Absolventen festzustellen. 37,5 Prozent der weiblichen Absolventen verließen die Schule mit dem Abitur, dagegen sind es bei Männern nur 25,0 Prozent (vgl. Abbildung 5). Auf der anderen Seite ist die Wahrscheinlichkeit, die Schule ohne Abschluss zu verlassen, bei Männern mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen (13,6 % gegenüber 6,7 %), auch sind Hauptschulabsolventen häufiger männlich. Wie in Berlin unterscheidet sich aber auch in Brandenburg der Anteil männlicher und weiblicher Realschulabsolventen kaum.

Abbildung 5: Schulabschlüsse der Absolventen und Absolventinnen in Brandenburg nach Geschlecht 2006



* Ohne Fachhochschulreife; Angaben in Prozent;

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2008

Eine Studie des Berlin-Instituts (Kröhnert/Klingholz 2007) benennt als einen möglichen Grund für das vergleichsweise schlechte Abschneiden männlicher Schulabsolventen die Branchenzusammensetzung der Wirtschaft in der jeweiligen Region, die die Wahl des eingeschlagenen Bildungswegs bestimmt. Demnach ist in Kreisen, in deren Wirtschaftsstruktur traditionell von Männern dominierte Branchen stark vertreten sind (darunter Bauwirtschaft, Industrie, Land- und Forstwirtschaft), die Qualität der Abschlüsse bei Männern deutlich geringer (vgl. Kröhnert/Klingholz 2007: 57). Dieses Phänomen betrifft insbesondere strukturell schwächere Kreise und damit häufiger die ostdeutschen Bundesländer. Es wird vermutet, dass Männer in diesen Regionen dem klassischen Rollenverständnis häufiger folgen und auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz in Industrie, Bau- oder Landwirtschaft die Schule schneller verlassen. Im Umkehrschluss lässt sich feststellen, dass das Bildungsniveau umso einheitlicher ausfällt, je höher der Anteil der modernen Dienstleistungsberufe vor Ort ist. Anders als Männer begegnen Frauen zudem den Herausforderungen schlechterer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen offenbar häufig durch stärkere schulische Bemühungen (vgl. Kröhnert/Klingholz 2007: 58).

Die Zahl ausländischer Schüler und Schülerinnen in Berlin ist seit dem Schuljahr 2002/03 rückläufig und lag zu Beginn des Schuljahres 2007/08 bei rund 52.300. Damit waren 15,7 Prozent der Schüler und Schülerinnen ausländischer Herkunft. Bereits seit Beginn der 90er Jahre liegt der Frauenanteil hier bis heute annähernd konstant zwischen 48 und 49 Prozent (2007/08: 48,7 %; vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007a). In Berlin verließen im Schuljahr 2005/2006 20,9 Prozent der ausländischen Schulabgänger und -abgängerinnen die Schule ohne einen Abschluss. Dabei bestehen auch unter den Ausländern/ und Ausländerinnen erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Während jeder vierte junge männliche Ausländer die Schule in Berlin ohne Abschluss verlässt, waren es bei den jungen Frauen weniger als jede Fünfte (16,7 %). Bei den Deutschen lag der entsprechende Anteil in Berlin bei 6,2 Prozent für junge Frauen bzw. bei 9,1 Prozent für Männer (vgl. Gesemann 2008). Nach

einer Studie des DIW lassen sich für die Migranten und Migrantinnen vor allem im Westteil Berlins ungünstigere Qualifikationsstrukturen nachweisen (vgl. Brenke 2008). Hierin besteht der Hauptgrund des erhöhten Arbeitslosigkeitsrisikos von Ausländern und Ausländerinnen. Die anhaltend geringen Bildungserfolge von jungen männlichen Ausländern verstärken die soziale Segregation in der Hauptstadt.

In Brandenburg war der Anteil der ausländischen Schüler und Schülerinnen wie in den anderen neuen Bundesländern mit 1,6 Prozent insgesamt sehr niedrig. Der Frauenanteil lag darunter mit 50,0 Prozent etwas höher als in Berlin (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2008).

3.2 Ausbildungsstellenmarkt

Bis zum Ende des Berichtsjahres von Oktober 2007 bis September 2008 waren in Berlin und Brandenburg insgesamt rund 49.000 Bewerber und Bewerberinnen für Berufsausbildungsstellen gemeldet. Mit rund 22.000 war knapp die Hälfte (45,7 %) davon weiblich. Die unterdurchschnittliche Beteiligung lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass Frauen in der Altersgruppe der 16 bis unter 25-Jährigen mit 48,8 Prozent nur unterdurchschnittlich vertreten sind (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007b: 10/Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007c: 30). Von den Ende September 2008 noch nicht vermittelten Bewerbern und Bewerberinnen waren rund 1.500 bzw. 48,4 Prozent weiblich. Im Vergleich zum Vorjahr meldeten sich, verstärkt durch den fortschreitenden demografischen Wandel, in Berlin mit 7.500 oder 21,3 Prozent deutlich weniger Bewerber und Bewerberinnen, in Brandenburg waren es 10.400 Bewerber und Bewerberinnen oder ein Drittel weniger als noch im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der nicht unversorgten Bewerber und Bewerberinnen verringerte sich wie schon im Jahr zuvor stark, sowohl in Berlin (-37,3 %) als auch in Brandenburg (-46,6 %).

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt konnte sich von 2007 bis 2008 zwar im Zuge der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deutlich verbessern, trotzdem waren in beiden Ländern insgesamt rund 3.200 Bewerber und Bewerberinnen zum 30. September weiterhin unversorgt (Frauenanteil 48,4 %). Zugleich gab es jedoch eine Diskrepanz zwischen dem Angebot an Ausbildungsplätzen und den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, das heißt, nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze wurden besetzt. Der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze an allen besetzten Stellen belief sich im Jahr 2007 in Berlin wie auch in Brandenburg auf weit mehr als ein Fünftel (Berlin: 22,1 %, Brandenburg: 24,9 %) und lag damit zwar etwa auf dem Niveau aller ostdeutschen Länder (24,6 %), aber mit 5,8 Prozent deutlich über dem der westdeutschen Länder (Bundesdurchschnitt: 9,6 %).⁵

Die Mehrheit der weiblichen Jugendlichen (Berlin: 74,7 %, Brandenburg: 70,1 %) begann im Jahr 2007 eine Ausbildung im Dienstleistungsbereich.⁶ In Berlin war die Quote wahrscheinlich aufgrund des höheren Dienstleistungsanteils an der Gesamtwirtschaft leicht erhöht. Die Zahl der Ausbildungsbetriebe in diesem Sektor ist größer als in Brandenburg (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2007d). Weitere Berufsbereiche spielen für weibliche Auszubildende nur eine untergeordnete Rolle. In der Fertigung sind in Brandenburg nur 8,7 Prozent und in Berlin nur 7,0 Prozent der weiblichen Aus-

⁵ Diese Werte beruhen auf Schätzungen, da in der Erfassung nicht nach dem Merkmal betrieblich/außerbetrieblich unterschieden wird. Quellen: Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung zum 30. September 2007, Bundesagentur für Arbeit, Angaben der Länder, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung.

⁶ Dazu zählen gemäß Berufsklassifizierung der Bundesagentur für Arbeit Kaufleute, Bürofachkräfte sowie Verkehrs-, Ordnungs-, Gesundheits- und Erziehungsberufe.

zubildenden tätig. Für Berufe aus dem Bereich Pflanzenbau, Tierzucht und Fischerei⁷ entschieden sich in Berlin lediglich 1,5 Prozent der Frauen, in Brandenburg ist der Anteil wegen der Auszubildendenzahlen in der Landwirtschaft mit 3,5 Prozent etwas höher.

Auffällig ist darüber hinaus die Verteilung der Auszubildenden auf die verschiedenen Ausbildungsberufe. Dabei konzentrieren sich Männer und Frauen vielfach auf vom eigenen Geschlecht dominierte Arbeitsfelder (König 2008). Aktuell besteht die Möglichkeit, in 176 verschiedenen Berufsordnungen⁸ eine Ausbildung zu absolvieren. Fast zwei Drittel (Berlin: 62,8 %, Brandenburg 60,7 %) der weiblichen Auszubildenden entschieden sich im Jahr 2007 für einen der 10 am häufigsten vertretenen Ausbildungsberufe, während deutlich weniger Männer ihre Berufswahl auf die beliebtesten Berufe beschränkten (Berlin: 39,9 %, Brandenburg: 37,1 %; vgl. Tabelle 1 und Tabelle 2). Sechs von zehn der bei Männern beliebten Berufe gehörten in beiden Ländern zum Fertigungssektor, vier zum Dienstleistungsbereich. In den Top 10 der Frauen sind ausschließlich Dienstleistungsberufe vertreten. Der am meisten gewählte Ausbildungsberuf war bei Frauen und Männern der der Bürofachkraft. Nur männliche Auszubildende in Brandenburg entschieden sich häufiger für eine Ausbildung zum Kraftfahrzeuginstandsetzer. Sehr beliebt insbesondere bei weiblichen Auszubildenden in beiden Bundesländern sind Ausbildungen zur Sprechstundenhelferin, zur Verkäuferin, zur Gesundheits- und Krankenpflegerin/Hebamme und zur Friseurin. Frauen interessieren sich häufig für Berufe, die nicht im dualen Ausbildungssystem, sondern als vollzeitschulische Ausbildungen absolviert werden (vgl. Uhly 2007: 23). Dazu gehören beispielsweise Gesundheitsdienst-, Pflege- sowie Assistenzberufe im medizinischen und kaufmännischen Bereich, die zumeist an Berufsfachschulen oder in Schulen des Gesundheitswesens vermittelt werden.

In ihrer Mehrzahl handelt es sich bei den bei Frauen beliebten Ausbildungsberufen um solche, die nach Abschluss der Ausbildung nur geringe Aufstiegsmöglichkeiten und Verdienste eröffnen. Die relativ starke Fixierung auf wenige Berufe verstärkt zudem die Konkurrenz bei der Stellensuche. Insgesamt ergibt sich auf diese Weise ein erhöhtes Risiko, zunächst nach der Ausbildung nicht übernommen zu werden und möglicherweise in die Arbeitslosigkeit zu geraten.⁹

⁷ Zu diesem Bereich zählen definitionsgemäß auch Gärtner/-innen und Floristen/-innen, obwohl diese ihrem Tätigkeits- und Branchenprofil nach eher dem Dienstleistungsfeld zuzurechnen wären. Zur Problematik der Zuordnung allgemein (vgl. Tiemann et al. 2008).

⁸ Die 176 Berufsordnungen umfassen rund 350 anerkannte Ausbildungsberufe. Da eine statistische Auswertung nach Ausbildungsberufen nicht vorliegt, wird im Folgenden die übergeordnete Ebene der Berufsordnungen zur Analyse herangezogen.

⁹ Die Fokussierung auf wenige Ausbildungsberufe ist kein speziell ostdeutsches Phänomen, sondern lässt sich auch in westdeutschen Bundesländern in ähnlichem Umfang beobachten (vgl. Burkert et al. 2008: 10–12).

Tabelle 1: TOP-10-Berufe der Auszubildenden in Berlin nach Geschlecht 2007

Frauen	absolut	Anteil in %	Männer	absolut	Anteil in %
weibliche Auszubildende Insgesamt	28.409	100,0	männliche Auszubildende Insgesamt	30.399	100,0
Bürofachkräfte	5.156	18,1	Bürofachkräfte	2.312	7,6
Sprechstundenhelferinnen	2.733	9,6	Köche	1.789	5,9
Verkäuferinnen	2.237	7,9	Kraftfahrzeuginstandsetzer	1.431	4,7
Krankenschwestern, Hebammen	1.998	7,0	Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	1.385	4,6
Friseure	1.603	5,6	Verkäufer	1.100	3,6
Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	1.313	4,6	Elektroinstallateure, -monteur	1.077	3,5
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	979	3,4	Maler, Lackierer (Ausbau)	868	2,9
Kellnerinnen, Stewardessen	821	2,9	Tischler	787	2,6
Sozialarbeiterinnen, Sozialpflegerinnen	551	1,9	Rohrinstallateure	687	2,3
Bankfachleute	459	1,6	Elektrogerätebauer	680	2,2
Summe Top-10	17.850	62,8	Summe Top-10	12.116	39,9

soz.vers.pfl. Ausbildungsverhältnisse am 30. September 2007;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 2: TOP-10-Berufe der Auszubildenden in Brandenburg nach Geschlecht 2007

Frauen	absolut	Anteil in %	Männer	absolut	Anteil in %
weibliche Auszubildende Insgesamt	20.160	100,0	männliche Auszubildende Insgesamt	30.537	100,0
Bürofachkräfte	3.341	16,6	Kraftfahrzeuginstandsetzer	1.896	6,2
Verkäuferinnen	1.596	7,9	Köche	1.765	5,8
Krankenschwestern, Hebammen	1.395	6,9	Bürofachkräfte	1.364	4,5
Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäuferinnen	1.244	6,2	Sonstige Mechaniker	1.071	3,5
Sprechstundenhelferinnen	1.170	5,8	Groß- u. Einzelhandelskaufleute, Einkäufer	1.070	3,5
Friseurinnen	939	4,7	Tischler	1.025	3,4
Kellnerinnen, Stewardessen	862	4,3	Elektroinstallateure, -monteur	934	3,1
Köchinnen	693	3,4	Verkäufer	825	2,7
Gastwirte, Hoteliers, Gaststättenkaufleute	693	3,4	Maler, Lackierer (Ausbau)	756	2,5
Übrige Gästebetreuerinnen	310	1,5	Elektrogerätebauer	620	2,0
Summe Top-10	12.243	60,7	Summe Top-10	11.326	37,1

soz.vers.pfl. Ausbildungsverhältnisse am 30. September 2007;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

3.3 Übernahme von Auszubildenden

Nachdem die beruflichen Ausbildungsschwerpunkte von Männern und Frauen dargestellt wurden, wird nun die Übernahme der Auszubildenden in ein Beschäftigungsverhältnis beim Ausbildungsbetrieb untersucht. Den aktuellen Länderberichten des IAB-Betriebspanels sind die Übernahmequoten von Auszubildenden für Berlin und Brandenburg zu entnehmen (vgl. MASGF 2008: 54–55/Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin 2008: 50–51). Sie stellen die Wahrscheinlichkeit dar, nach dem Ende der Ausbildung auch weiterhin vom Ausbildungsbetrieb beschäftigt zu werden. Zwischen Männern und Frauen lassen sich dabei zum Teil deutliche Unterschiede feststellen. Während in Berlin im Jahr 2007 die Übernahmequote bei Frauen 50 Prozent betrug und damit 5 Prozentpunkte höher war als die der Männer, war in Brandenburg die Übernahmequote mit 41 Prozent um 6 Prozentpunkte niedriger als bei Männern. Die Differenz wird wesentlich durch die Quote der Region Brandenburg Süd-West¹⁰ verursacht, da hier 39 Prozent der Frauen, aber 53 Prozent der Männer nach dem Ende der Ausbildung in ihrem Ausbildungsbetrieb eine Anstellung erhielten. Die Vermutung, dass eine städtische Wirtschaftsstruktur mit verhältnismäßig hohem Dienstleistungsanteil wie in Berlin die Übernahmequote der Frauen generell begünstigt, bestätigt sich insofern nicht, als dass in Hamburg die Quote der Männer mit 68 Prozent deutlich (8 Prozentpunkte) über der der Frauen lag. In Bremen dagegen waren keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede festzustellen (61 bzw. 62 %).

Zwischen verschiedenen Branchen bestehen teilweise starke Differenzen in der Übernahme von Auszubildenden. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden Männer nach der Ausbildung im Jahr 2007 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg deutlich häufiger übernommen als Frauen. Gleiches gilt, jedoch nur in Brandenburg, für den Bereich Handel und Reparatur. Im Dienstleistungssektor war der Übernahmeanteil der Frauen jeweils höher als der der Männer, allerdings lagen beide Werte in Berlin und Brandenburg auf niedrigem Niveau. In der öffentlichen Verwaltung lassen sich in Brandenburg keine Unterschiede feststellen, wohingegen in Berlin 56 Prozent der weiblichen, aber nur 42 Prozent der männlichen Auszubildenden von ihrem Ausbildungsbetrieb weiter beschäftigt wurden.

Tabelle 3: Übernahmequoten der Auszubildenden in Berlin-Brandenburg nach Branchen und Geschlecht 2007 in Prozent

	Berlin		Brandenburg	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Insgesamt	50	45	41	47
Verarbeitendes Gewerbe	56	71	68	75
Baugewerbe	100	13	40	33
Handel und Reparatur	88	71	52	63
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	*69	*89	*64	*46
Kredit- und Versicherungsgewerbe	*50	*79	*63	*18
Dienstleistungen	40	33	33	22
Öffentliche Verwaltung	*56	*42	77	76

* Geringe Besetzungszahlen und daher nur eingeschränkt interpretierbar;

Quelle: Betriebspanel Brandenburg 2007, Ergebnisse der zwölften Welle; Betriebspanel Berlin 2007, Ergebnisse der zwölften Welle (Berlin: S. 51; Brandenburg: S. 54)

¹⁰ Die Region Brandenburg Süd-West umfasst die Landkreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Havelland, Oberspreewald-Lausitz, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße, Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Potsdam.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass Übernahmequoten nach der Ausbildung kein uneingeschränkt zuverlässiger Indikator beispielsweise für die aktuelle Wirtschaftslage sind, da einige Auszubildende nach dem Abschluss freiwillig den Betrieb wechseln oder sogar verlassen, beispielsweise um ein Studium anzutreten, einen freiwilligen Dienst zu leisten oder – überwiegend bei Männern – ihre Zivildienst- oder Bundeswehrzeit anzutreten. Dennoch lassen sich aus den Unterschieden auf Ebene der Länder wie auch der Wirtschaftssektoren Rückschlüsse auf Probleme des Beschäftigungssystems ableiten. Darüber hinaus muss darauf hingewiesen werden, dass Absolventen/ und Absolventinnen einer außerbetrieblichen Ausbildung, deren Anteil in Berlin wie auch in Brandenburg deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, in die vorliegende Betrachtung mit einbezogen sind. Deren Absolventen und Absolventinnen gelingt es zunächst vergleichsweise selten, eine Beschäftigung als Fachkraft zu finden, außer sie erhalten ein Übernahmeangebot ihres Praktikumsbetriebes.¹¹ Daher sind sie unmittelbar nach Ende der Ausbildung vergleichsweise häufiger arbeitslos gemeldet.

4 Beschäftigung

Im folgenden Abschnitt werden kurz- und mittelfristige Entwicklungen in der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern in Berlin und Brandenburg betrachtet. Dabei werden sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung sowie geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (siehe Definitionen der verschiedenen Kennziffern des Arbeitsmarktes im Anhang) unterschieden. Weiterhin werden Berufs- und Wirtschaftszweigstrukturen der weiblichen Beschäftigung betrachtet. In einem weiteren Abschnitt soll außerdem das Pendlerverhalten der Beschäftigten skizziert werden, das in der Region von besonderer Bedeutung ist und vom IAB Berlin-Brandenburg daher regelmäßig in einem eigenen Pendlerbericht untersucht wird.

4.1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Im Folgenden wird untersucht, wie sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Frauen im jüngsten Konjunkturaufschwung entwickelt hat.

Nach langjährigem Beschäftigungsabbau nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten¹² in der Region seit 2006 wieder zu. Zwischen 2005 und 2006 lag die Zunahme in Berlin bei 1,1 Prozent für alle Beschäftigten, bezogen auf Frauen waren es 0,8 Prozent (Männer: 1,4 %). Im darauffolgenden Jahr 2007 stieg die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent. Frauen profitieren mit 2,0 Prozent wiederum unterdurchschnittlich (Männer: 2,5 %). Damit konnten zwischen 2005 und 2007 14.800 (+2,8 %) Frauen und 19.300 (+3,9 %) Männer mehr beschäftigt werden.

¹¹ Bei Berufsausbildungen in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) sind neben der fachtheoretischen Unterweisung betriebliche Phasen von mindestens 40 bis zu maximal 120 Arbeitstagen je Ausbildungsjahr vorgesehen.

¹² Stichtag für die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist hier jeweils der 30. Juni eines Jahres.

Im genannten Zeitraum konnten in Berlin vor allem unternehmensnahe Dienstleistungen¹³ (+22.400 Beschäftigte) zusätzliche Beschäftigung aufbauen. Darüber hinaus sind die Bereiche Erziehung und Unterricht (+6.600 Beschäftigte), das Gastgewerbe (+3.600 Beschäftigte) und das Gesundheits- und Sozialwesen (+3.350 Beschäftigte) zu nennen. Arbeitsplatzzuwächse in der Energie- und Wasserversorgung waren vor allem für Männer bedeutsam, während für Frauen eher zusätzliche Arbeitsplätze im Handel relevant waren. Rückläufig war die Beschäftigung vor allem in der öffentlichen Verwaltung und im Verarbeitenden Gewerbe. Der Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst ging primär auf Kosten der Frauen, im Verarbeitenden Gewerbe waren eher Männer betroffen.

In Brandenburg nahm die Beschäftigung 2006 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozent zu. Der Beschäftigungsanstieg der Frauen betrug allerdings nur 0,4 Prozent (Männer: 1,6 %). 2007 beschleunigte sich gegenüber dem Vorjahr der Beschäftigungsaufbau (+2,7 %). Aber auch 2007 war die Zunahme bei den Männern (+3,8 %) deutlich höher als bei den Frauen (+1,6 %). Die Zahl der beschäftigten Frauen stieg 2005 bis 2007 um rund 6.800 (+2,0 %), die der Männer um 19.200 (+5,4 %).

Wie in Berlin sind auch in Brandenburg die unternehmensnahen Dienstleistungen Träger des Beschäftigungswachstums. Im Unterschied zu Berlin konnte aber auch das Verarbeitende Gewerbe deutliche Beschäftigungsgewinne verzeichnen sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. 84 Prozent der zusätzlichen Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe gingen auf das Konto der männlichen Beschäftigten, während von der zusätzlichen Beschäftigung im Gesundheitswesen stark weibliche Beschäftigte profitieren konnten. Anders als in Berlin ist in Brandenburg im Bereich Erziehung und Unterricht und im Handel die Zahl der beschäftigten Frauen rückläufig.

Vom jüngsten Konjunkturaufschwung 2006 und 2007 haben Frauen also weniger partizipiert als Männer. Dies ist gewissermaßen Spiegelbild der geschlechtsspezifischen Betroffenheit bei langjährigem Beschäftigungsabbau, der Männer stärker traf. Dies gilt besonders für Brandenburg, wo die Beschäftigung stärker konjunkturabhängig ist als in Berlin. Von dem aktuellen Zuwachs der Industriebeschäftigung profitierten hauptsächlich die Männer.

Die geringeren Konjunkturschwankungen der Frauenbeschäftigung sind auf die Konzentration der Beschäftigung auf wenige Berufe im Dienstleistungssektor zurückzuführen. Die starke Ausprägung wird durch die Auswertung nach Berufen aus der Beschäftigungsstatistik ersichtlich. Es zeigt sich, dass etwa die Hälfte der weiblichen Beschäftigten (49,9 %) in Berlin in drei Berufsgruppen tätig ist (Bürohilfs- und -fachkräfte, Übrige Gesundheitsdienstberufe (darunter hauptsächlich Krankenpflegeberufe) sowie Warenkaufleute). In Brandenburg ist ebenfalls fast jede zweite Frau (47,8 %) in einer dieser drei Berufsgruppen beschäftigt.

In Tabelle 4 und Tabelle 5 sind die Frauenanteile in verschiedenen Wirtschaftszweigen im Juni 2007 dargestellt. Es zeigt sich, dass in den Wirtschaftszweigen Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, in der öffentlichen Verwaltung, im Kredit- und Versicherungsgewerbe, im Einzelhandel und im Bereich Erziehung und Unterricht nach wie vor sowohl in Berlin als auch in Brandenburg Frauen stark vertreten sind. In Brandenburg verzeichnete darüber hinaus das Gastgewerbe einen hohen Anteil weiblicher Beschäftigter. Mehrheitlich waren Frauen demnach im Dienstleistungssektor vertreten, womit

¹³ Die Wirtschaftsbranche „überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen“ zählt nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 zum Abschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (vgl. Statistisches Bundesamt 2002).

sich eine ähnliche Beobachtung für die Wahl der Ausbildungsplätze aus Abschnitt 3.2 auch für den Arbeitsmarkt bestätigt. Auf der anderen Seite ist – ebenfalls im Einklang stehend mit den Präferenzen auf dem Ausbildungsstellenmarkt – der Beschäftigtenanteil der Frauen im Verarbeitenden Gewerbe meist sehr niedrig. Dies trifft besonders stark auf die Bereiche Fahrzeugbau, Metallherzeugung und Maschinenbau zu. Auch im Baugewerbe ist nur rund ein Achtel aller Beschäftigten weiblich.

Tabelle 4: Beschäftigte in Berlin nach Branchen und Geschlecht 2007

	absolut			Anteile in %	
	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Wirtschaft Insgesamt	1.047.812	539.573	508.239	51,5	48,5
A Land- und Forstwirtschaft	4.077	1.031	3.046	25,3	74,7
B Fischerei und Fischzucht	0	0	0		
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	231	53	178	22,9	77,1
D Verarbeitendes Gewerbe	114.401	35.633	78.768	31,1	68,9
E Energie- und Wasserversorgung	11.635	3.338	8.297	28,7	71,3
F Baugewerbe	47.658	6.526	41.132	13,7	86,3
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	128.481	70.649	57.832	55,0	45,0
H Gastgewerbe	48.423	24.105	24.318	49,8	50,2
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	70.638	20.715	49.923	29,3	70,7
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	32.182	19.487	12.695	60,6	39,4
K Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen*	216.466	104.590	111.876	48,3	51,7
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	83.746	56.661	27.085	67,7	32,3
M Erziehung und Unterricht	58.992	35.810	23.182	60,7	39,3
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	144.524	112.547	31.977	77,9	22,1
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	83.740	46.726	37.014	55,8	44,2
P Private Haushalte mit Hauspersonal	1.098	916	182	83,4	16,6
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1.414	741	673	52,4	47,6
9 Keine Zuordnung möglich	106	45	61	42,5	57,5

* = Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt;
soz.vers.pfl. Beschäftigte am 30. Juni 2007;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Tabelle 5: Beschäftigte in Brandenburg nach Branchen und Geschlecht 2007

	absolut			Anteile in %	
	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Wirtschaft Insgesamt	724.856	349.828	375.028	48,3	51,7
A Land- und Forstwirtschaft	26.237	8.600	17.637	32,8	67,2
B Fischerei und Fischzucht	245	87	158		
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	6.918	1.559	5.359	22,5	77,5
D Verarbeitendes Gewerbe	111.519	32.535	78.984	29,2	70,8
E Energie- und Wasserversorgung	9.744	3.087	6.657	31,7	68,3
F Baugewerbe	61.888	6.826	55.062	11,0	89,0
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	99.508	53.536	45.972	53,8	46,2
H Gastgewerbe	21.739	13.877	7.862	63,8	36,2
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	52.280	14.156	38.124	27,1	72,9
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	12.072	8.692	3.380	72,0	28,0
K Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen*	86.101	40.374	45.727	46,9	53,1
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	71.835	50.389	21.446	70,1	29,9
M Erziehung und Unterricht	34.474	19.709	14.765	57,2	42,8
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	89.536	73.130	16.406	81,7	18,3
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	40.371	23.009	17.362	57,0	43,0
P Private Haushalte mit Hauspersonal	251	188	63	74,9	25,1
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	25	16	9	64,0	36,0
9 Keine Zuordnung möglich	113	58	55	51,3	48,7

* = Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt;
soz.vers.pfl. Beschäftigte am 30. Juni 2007;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Nach der Darstellung der kurzfristigen Beschäftigungsentwicklung und von weiblichen Schwerpunktbereufen und -branchen werden nun die längerfristigen Beschäftigungstrends nach dem Geschlecht untersucht. Seit dem Jahr 2000 sind sowohl in Berlin als auch in Brandenburg die Zahlen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgegangen. Dieser Rückgang betrifft allerdings stärker die Männer, deren Beschäftigtenzahlen um 11,0 Prozent in Berlin und um 12,7 Prozent in Brandenburg gesunken sind, während es bei Frauen nur 5,0 Prozent (Berlin) bzw. 8,3 Prozent (Brandenburg) waren.

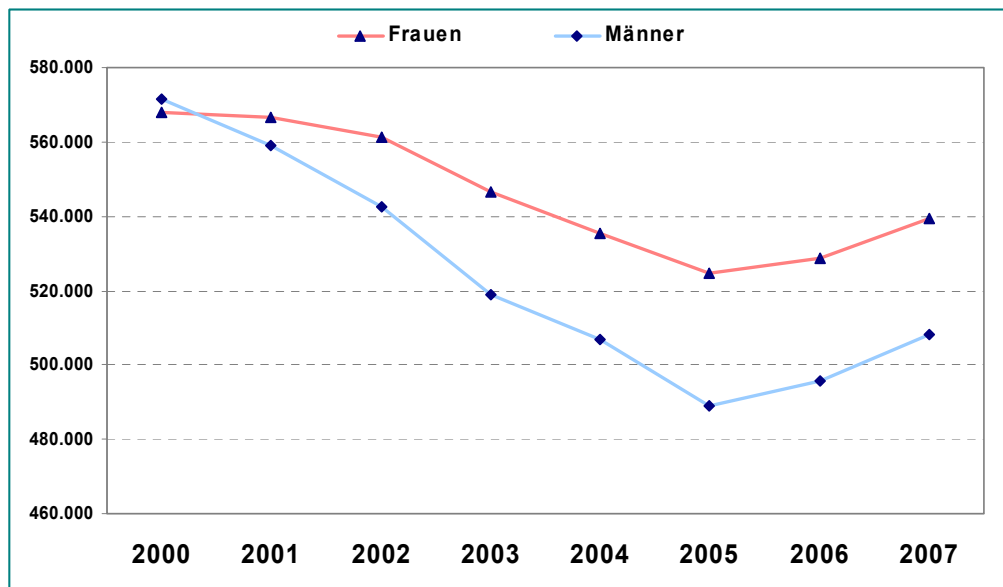
Der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag in Berlin im Juni 2007 bei 51,5 Prozent. Seit Beginn des Jahrzehnts ist er um 1,6 Prozentpunkte gestiegen; bereits im Jahr 2001 stellten Frauen die Mehrzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In Brandenburg lag der Anteil der Frauen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 48,3 Prozent. Seit dem Jahr 2000 hat dieser um 1,2 Prozentpunkte zugenommen. Betrachtet man die absoluten Zahlen, zeigt sich jedoch, dass der prozentuale Anstieg im Wesentlichen mit einem deutlichen Rückgang der Zahl der männlichen Beschäftigten in Verbindung steht und weniger mit einer Zunahme der Anzahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Beschäftigungsentwicklung in Berlin-Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007

		2000	2007	Veränderung		Anteil in %	
				absolut	relativ	2000	2007
Berlin	Insgesamt	1.139.096	1.047.812	-91.284	-8,0	100,0	100,0
	Frauen	567.790	539.573	-28.217	-5,0	49,8	51,5
	Männer	571.306	508.239	-63.067	-11,0	50,2	48,5
Brandenburg	Insgesamt	811.036	724.856	-86.180	-10,6	100,0	100,0
	Frauen	381.583	349.828	-31.755	-8,3	47,0	48,3
	Männer	429.453	375.028	-54.425	-12,7	53,0	51,7

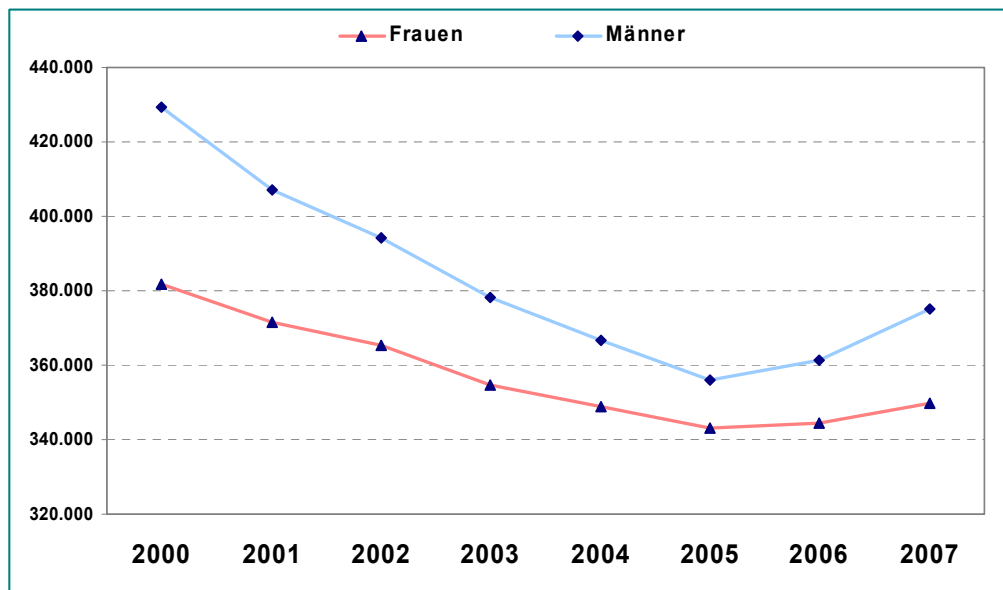
soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 6: Beschäftigungsentwicklung in Berlin nach Geschlecht 2000 bis 2007

soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Abbildung 7: Beschäftigungsentwicklung in Brandenburg nach Geschlecht 2000 bis 2007

soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

4.2 Teilzeitarbeit

Der Begriff „Teilzeitarbeit“ umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Arbeitszeitmodelle, deren vereinbarte Arbeitszeit unterhalb der regelmäßigen Wochenarbeitszeit liegt. Die Stundenzahl variiert nach der jeweiligen tariflich festgelegten Vollzeitarbeit. Die stundenweise Reduzierung der täglichen Arbeitszeit ist das klassische Teilzeitmodell. Daneben sind in den letzten Jahren neue Teilzeitformen entstanden, bei denen Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeiten variieren.¹⁴ Um die Verbreitung von Teilzeitarbeit zu fördern, hat die Bundesregierung im Jahr 2001 ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte der Teilzeitbeschäftigten stärken soll.¹⁵

In der Bundesrepublik wird Teilzeitarbeit nach wie vor von Frauen dominiert, „denn eine wichtige Funktion von Teilzeitarbeitsverhältnissen ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen“ (Schäfer/Vogel 2005: 131). Allerdings spielt Teilzeitarbeit in den westdeutschen Bundesländern eine wesentlich größere Rolle als in Ostdeutschland. Im Wesentlichen können diese nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West noch immer als eine „Folge der ausgeprägten Erwerbsorientierung von Frauen in der ehemaligen DDR“ (Wanger 2004: 1) betrachtet werden. Dazu trägt auch die trotz zunehmender finanzieller Restriktionen starke Verbreitung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei (vgl. Fuchs/Weber 2004: 4). Dennoch ist auch im Osten der überwiegende Teil der Teilzeitbeschäftigten weiblich.

Die Arbeitszeitwünsche der ostdeutschen Frauen orientieren sich überwiegend an Vollzeiterwerbsarbeit (Holst 2007 und Holst/Schupp 2002). Die Teilzeitbeschäftigten üben diese Beschäftigungsform häufig

¹⁴ Zu den verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten vgl. z.B. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2006b.

¹⁵ Vgl. dazu Ausschnitte aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) im Anhang dieses Berichts.

unfreiwillig aus: 2005 strebten 50,9 Prozent der Teilzeit arbeitenden Frauen in Ostdeutschland ursprünglich eine Vollzeitstelle an. In Brandenburg waren es sogar 56,7 Prozent.¹⁶ Die teilzeitbeschäftigten Frauen in Westdeutschland waren dagegen mit ihrer ausgeübten Arbeitszeit überwiegend zufrieden. Nur 12,0 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen äußerten den Wunsch, länger arbeiten zu wollen. In Berlin lag der Anteil unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigter bei einem Drittel (30,0 %).

Teilzeitarbeit kann auch als ein Mittel zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes angesehen werden. Sie ermöglicht Arbeitgebern eine effizientere Anpassung des Arbeitskräftebedarfs an Absatzschwankungen. Vor allem setzen Unternehmen der Dienstleistungsbranche vermehrt Teilzeitkräfte ein, um ihre Betriebszeiten kostengünstig verlängern zu können.

Eine wichtige Frage ist, ob Teilzeitbeschäftigung die Inklusion in den Arbeitsmarkt fördert oder eher soziale Ungleichheiten verstärkt. Letzteres wäre der Fall, wenn sie im individuellen Erwerbsverlauf Aufstiegs- und Karrierechancen beeinträchtigt, die Vollzeitbeschäftigten bzw. solchen, die im sog. Normalarbeitsverhältnis stehen, offen stehen. Vogel (2006) kommt zu einem differenzierten Ergebnis. Einerseits eröffnet Teilzeit neue Partizipations- und Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere Müttern, die nur auf diese Weise Familie und Beruf vereinbaren können, andererseits werden Teilzeitstellen hauptsächlich in Bereichen wie dem der niedrig entlohnten Dienstleistungen geschaffen, in denen die Karrierechancen begrenzt sind.

Markant sind die Unterschiede zwischen Ost und West und nach Bildungsniveau. Vogel (2006) ermittelt, dass ostdeutsche Frauen den Übergang von Teilzeit in Vollzeit doppelt so häufig schaffen wie westdeutsche. Außerdem zeigt sich, dass der Übergang Frauen mit hoher Bildung leichter gelingt. Insgesamt scheinen ungenutzte Potenziale zu bestehen: Im Osten dominiert im Gegensatz zum Westen vollzeitahe Teilzeitbeschäftigung. Mehr Teilzeitarbeitsplätze mit geringerer Stundenzahl könnten dort den Einstieg von Arbeitslosen in das Beschäftigungssystem verbessern: Im Westen scheint eher die Ausweitung der Arbeitszeit in Richtung Vollzeit notwendig, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

In Berlin übten von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ende Juni 2007 rund 216.000 bzw. 20,6 Prozent eine Teilzeitbeschäftigung aus. 160.000 bzw. drei Viertel davon waren weiblich. Jede dritte beschäftigte Frau arbeitete in einem Teilzeitmodell (29,6 %). Allerdings ist Teilzeitarbeit zunehmend auch unter Männern verbreitet. 2007 gingen etwa 56.000 Männer bzw. 11,0 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einer Teilzeitbeschäftigung nach. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen um 6,1 Prozent oder 9.200 erhöht. Bei Männern lag die Zunahme zwischen 2006 und 2007 sogar bei 9,3 Prozent (+4.800). Seit dem Jahr 2000 liegt der Anstieg sogar bei 31,9 Prozent (+13.600), während die Zahl der Frauen mit Teilzeitbeschäftigung um 11,8 Prozent (+16.800) zugenommen hat.

In Brandenburg waren 2007 16,3 Prozent aller Beschäftigten in Teilzeit tätig. Mit 27,7 Prozent lag die Quote bei Frauen deutlich höher, damit waren rund vier von fünf Teilzeitbeschäftigten Frauen. Teilzeitarbeit ist unter den Brandenburger Männern mit einem Beschäftigungsanteil von 5,7 Prozent eher gering ausgeprägt. Der Vorjahresvergleich zeigt allerdings eine Zunahme von 17,5 Prozent (+3.200 Beschäftigte). Auch die Zahl der Frauen mit Teilzeitbeschäftigung ist gestiegen, dies entspricht einer

¹⁶ Datenquelle: Mikrozensus 2005, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

Zunahme von 7,7 Prozent bzw. 6.900 Beschäftigten. Seit dem Jahr 2000 sind in Brandenburg 20,4 Prozent mehr Frauen und 48,0 Prozent mehr Männer teilzeitbeschäftigt.

Teilzeitarbeit erweist sich als weitgehend konjunkturunabhängig, denn in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts stieg die Teilzeitbeschäftigung in Berlin-Brandenburg bei stark rückläufiger Gesamtbeschäftigung. Seit dem Jahr 2005 profitiert der Arbeitsmarkt vom Konjunkturaufschwung und es werden wieder zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen. Inwieweit haben Frauen vom Aufschwung der Jahre 2006 und 2007 profitiert? In Berlin entfielen von den zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen 38,4 Prozent auf Vollzeitstellen und 59,7 Prozent auf Teilzeitstellen. In Brandenburg hingegen ist der Anteil der Vollzeit deutlich höher (46,4 % Vollzeit, 52,9 % Teilzeit). Der Grund ist, dass in Brandenburg deutlich mehr Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen wurden, in der weniger Teilzeitstellen angeboten werden, während in Berlin überwiegend die Beschäftigung im Dienstleistungssektor zulegte (vgl. Tabelle 13 im Anhang).

Wie verteilt sich die Besetzung dieser Vollzeit- bzw. Teilzeitstellen auf Männer oder Frauen? In Berlin kam 16,9 Prozent des Zuwachses an Vollzeitstellen zwischen 2006 und 2007 Frauen zugute. Im ersten Aufschwungjahr gingen die Vollzeitstellen für Frauen noch zurück, erst 2007 stieg die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze für Frauen gegenüber dem Vorjahr um 1.500. In Brandenburg profitieren ausschließlich die Männer von der Zunahme der Vollzeitarbeitsplätze, während Frauen in beiden Aufschwungjahren Vollzeitarbeitsplätze einbüßten. Seit Mitte 2005 steigt die Teilzeitbeschäftigung der Männer von allerdings niedrigem Niveau aus deutlich an. Mitte 2007 waren es in Berlin 18,5 Prozent und in Brandenburg sogar 34,9 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor. Dieser starke Zuwachs beruht vor allem auf einer Ausweitung der Altersteilzeit.

4.3 Geringfügig Beschäftigte

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten hat in den vergangenen Jahren – insbesondere seit der gesetzlichen Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung durch Hartz II in 2003 (Stichwort Minijob)¹⁷ – in Berlin um 41,0 Prozent und in Brandenburg um 20,0 Prozent zugenommen.

Tabelle 7: Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigung mit Frauenanteilen 2003 bis 2007

		2003	2004	2005	2006	2007	Veränderung	
							absolut	relativ
Insgesamt	Deutschland	5.532.842	6.465.645	6.491.964	6.750.892	6.917.770	1.384.928	25,0
	Berlin	140.064	179.595	179.697	192.172	197.450	57.386	41,0
	Brandenburg	103.772	124.900	118.167	121.983	124.540	20.768	20,0
Frauenanteile	Deutschland	66,4	64,5	64,4	64,3	64,3	-2,1	
	Berlin	56,6	54,7	55,6	55,7	55,9	-0,7	
	Brandenburg	56,4	55,8	56,5	56,8	57,0	0,6	

geringfügig entlohnte Beschäftigte jeweils am 30. Juni;

Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

¹⁷ Vgl. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2002 Teil I Nr. 87, Zweites Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2002.

Dabei ist ab 2003 zu unterscheiden zwischen Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, und solchen im Nebenerwerb. Von den 197.000 geringfügig beschäftigten Berlinern und Berlinerinnen Mitte 2007 waren 110.000 (55,9 %) Frauen. 79.000 Frauen waren zu diesem Zeitpunkt ausschließlich geringfügig beschäftigt, das entspricht 11,0 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Berlin.

Auch in Brandenburg hat sich die geringfügige Beschäftigung in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Von den rund 125.000 Beschäftigten in diesem Bereich waren im Juni 2007 rund 71.000 oder 57,0 Prozent Frauen. Rund 55.000 Frauen waren ausschließlich geringfügig beschäftigt, was wiederum 9,8 Prozent aller erwerbstätigen Frauen entspricht.

Dem deutlichen Zuwachs geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und dem Gewinn an Flexibilität für die Arbeitgeber stehen Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte gegenüber. Zumindest in einzelnen Wirtschaftsbereichen könnten Substitutionsprozesse eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Einer Studie zufolge wurde geringfügige Beschäftigung von Arbeitgebern in der Vergangenheit zum Teil genutzt, um reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen, wobei insbesondere in Teilzeit beschäftigte Frauen von dieser Vorgehensweise betroffen sind (vgl. Steiner 2008: 167).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die nach wie vor von Frauen dominierten Teilzeitbeschäftigungen sowohl in Berlin als auch in Brandenburg in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen haben. Der Beschäftigungszuwachs der Frauen beruht somit zu großen Teilen auf mehr Teilzeit und insgesamt kürzeren Wochenarbeitszeiten (vgl. Kümmerling/Jansen/Lehndorff 2008: 11). Die Arbeitszeiten von Frauen (Vollzeit und Teilzeit zusammengenommen) sind in Deutschland zudem die Zweitkürzesten in Europa, bei den Teilzeitbeschäftigten sogar die Kürzesten. Daraus folgt, dass eine Bewertung der Integration in Beschäftigung der Frauen durch ihre Beteiligung am geleisteten Arbeitsvolumen ergänzt werden muss. Demnach lag 2004 der Anteil der Frauen am Arbeitsvolumen in Berlin bei 43,3 Prozent (vgl. Wagner/Botsch 2006: 81).

5 Regionale Mobilität in Berlin-Brandenburg

Die unterschiedliche Arbeitsmarktsituation in den Teilregionen Berlin-Brandenburgs wirkt sich auf die Mobilität der Erwerbsbevölkerung aus. Seit einigen Jahren wird in der öffentlichen Diskussion darauf hingewiesen, dass insbesondere junge qualifizierte Frauen strukturschwache Regionen in Ostdeutschland verlassen. In den vorliegenden Daten mischen sich verschiedene Wandermotive wie Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Ruhestandswanderung. Zudem ist die Suburbanisierung als Wandermotiv zu berücksichtigen. Gleichwohl dürften die negativen Wanderungssalden der Randregionen in hohem Maße auf die dortige Arbeitsmarktsituation zurückzuführen sein.

Eine weitere Reaktion auf fehlende Arbeitsplätze am Wohnort ist das Berufspendeln. Auch hier sind Suburbanisierungssphänomene zu berücksichtigen, wenn Arbeitskräfte in das Umland von Städten ziehen und dann zur Arbeit pendeln. Allerdings sind die Pendeldistanzen in Ostdeutschland deutlich höher als in westdeutschen Regionen. In einem gesonderten Abschnitt wird untersucht, ob Pendeln für junge Frauen im äußeren Entwicklungsraum eine relevante Strategie gegen anderenfalls drohende Arbeitslosigkeit darstellt.

5.1 Regionale Wanderungssalden in Brandenburg

Wanderungen können zumindest in kurzer Frist zum Ausgleich regionaler Arbeitsmarktdisparitäten beitragen.¹⁸ Abwanderung aus strukturschwachen Regionen entlastet den regionalen Arbeitsmarkt, wenn die Personen anderenfalls arbeitslos werden. Andererseits bedeutet die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte längerfristig einen Standortnachteil. Die unterschiedliche regionale Arbeitsmarktsituation in Brandenburg sollte dementsprechend ihren Niederschlag in den Wanderungssalden finden.¹⁹ In den Randregionen Brandenburgs (Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße) kam es im Zeitraum von 1995 bis 2006 zu einem Wanderungsverlust von rund 49.000 Personen über die Landesgrenze hinweg, darunter waren rund 25.000 Frauen. Auch die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder), Cottbus und Brandenburg an der Havel verzeichneten deutliche Bevölkerungsrückgänge durch Wanderung (-34.000, davon 49,8 % Frauen). Altersspezifisch betrachtet wandern insbesondere 18- bis unter 30-Jährige überdurchschnittlich stark. Ostdeutsche wandern zwar überwiegend in westdeutsche Bundesländer aus, jedoch zeigt sich, dass „in den jüngeren Altersgruppen nicht zu vernachlässigende Teile der Fortzüge aus ostdeutschen Regionen [Kreisen] im Osten verbleiben.“ (Kubis/Schneider 2008: 378).

Im engeren Verflechtungsraum²⁰ um Berlin hingegen ist die Bevölkerung im Zeitraum von 1995 bis 2006 um 217.000 Einwohner und Einwohnerinnen gestiegen, darunter waren knapp 112.000 Frauen. Darin schlagen sich vor allem die zunehmenden Suburbanisierungstendenzen Berlins nieder. Insgesamt konnten durch die Bevölkerungszunahme im engeren Verflechtungsraum die Verluste der übrigen Regionen ausgeglichen werden und das Land Brandenburg verzeichnete einen Wanderungsgewinn von rund 123.000 Personen (Frauenanteil: 47,7 %). Abbildung 8 veranschaulicht die Wanderungssalden im Land Brandenburg auf Kreisebene und differenziert darüber hinaus zwischen den Salden der Männer und Frauen. Wie es zu dem im Kreis Oder-Spree auffällig niedrigeren Wanderungssaldo der Frauen (Saldo Männer: 19.022; Saldo Frauen: 5.760) kam, lässt sich nicht abschließend klären. Eine Vermutung ist jedoch, dass die Wanderungsbewegung durch Sondereffekte verzerrt wird. In Eisenhüttenstadt befinden sich die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und -bewerberinnen sowie die zentrale Abschiebehaftanstalt Brandenburgs, und unter Asylbewerbern und -bewerberinnen ist der Männeranteil in der Regel deutlich höher.²¹

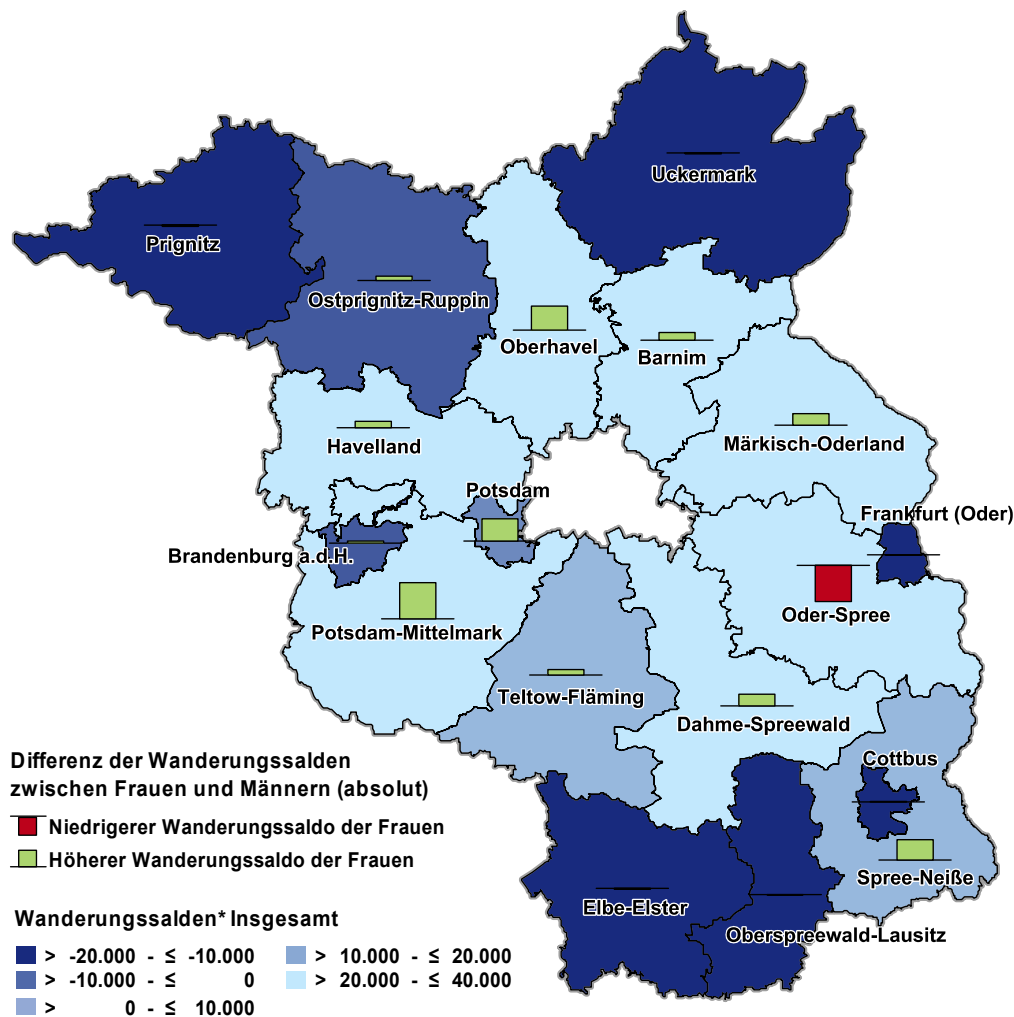
¹⁸ Ausführlichere Informationen zum Thema Wanderung sind zu finden im aktuellen Pendlerbericht 2007 des IAB-regional Berlin-Brandenburg (vgl. Wiethölter/Wesling 2008).

¹⁹ Nicht berücksichtigt werden Wanderungsbewegungen innerhalb Brandenburgs, also zwischen den einzelnen Kreisen.

²⁰ Im Rahmen der brandenburgischen Gebietsreform 1993 wurden die an Berlin angrenzenden Kreise so geschnitten, dass sie jeweils aus Gemeinden im näheren Umfeld von Berlin, dem engeren Verflechtungsraum, und einem Berlin abgewandten, strukturschwächeren Teil, dem äußeren Entwicklungsraum, bestanden. Daher sind beide Räume nicht kreisscharf abgegrenzt (vgl. Binder/Schwengler 2006: 6).

²¹ Im Jahr 2007 wurden nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nur 33,9 Prozent der Asylersuchen von Frauen gestellt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007: 23).

Abbildung 8: Wanderungssalden* der Brandenburger Kreise nach Geschlecht 1995-2006



* Wanderungssaldo: Zuzüge - Fortzüge über die Landesgrenze (jeweils auf das Jahr summiert) 1995 bis 2006;
 Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

5.2 Regionales Pendlerverhalten

Die Arbeitskräfte in der Region Berlin-Brandenburg pendelten in den letzten Jahren zunehmend zwischen Wohn- und Arbeitsort.²² Dabei bestehen sowohl zwischen Berlin und Brandenburg als auch mit den anderen Bundesländern bedeutende Pendlerbeziehungen, die im Zeitablauf immer intensiver geworden sind. Im Folgenden wird die Bedeutung des Berufspendelns für Frauen näher betrachtet.²³

Die Anziehungskraft der Metropole Berlin für Einpendler und Einpendlerinnen steigt nach wie vor. Dazu haben neben dem zusammenwachsenden Arbeitsmarkt auch Wohnsitzverlagerungen von Berlinern in das Umland Berlins beigetragen. Mit rund 221.000 Pendlern und Pendlerinnen, die in Berlin

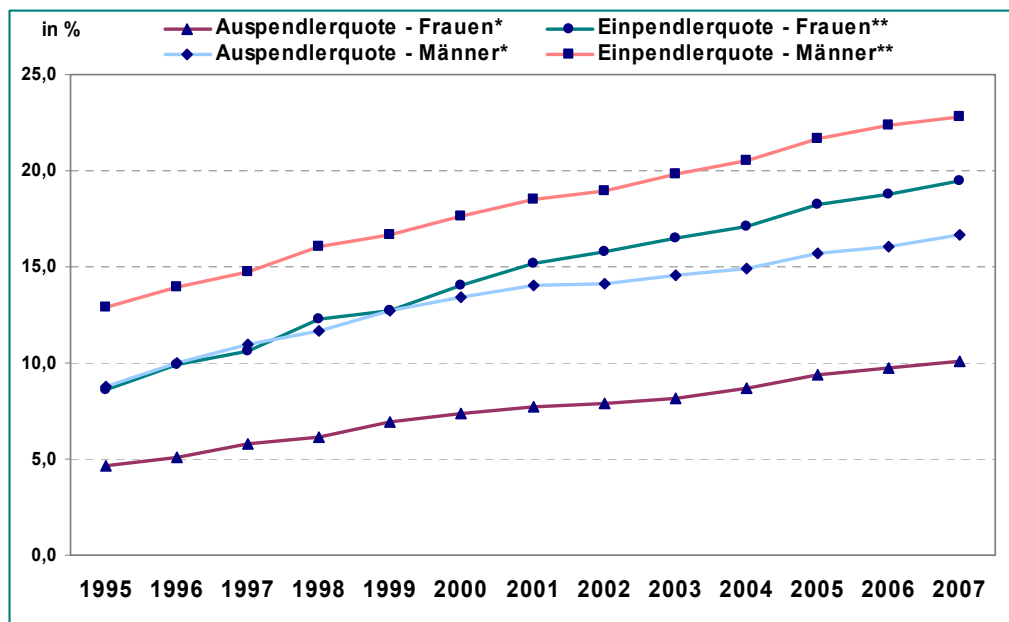
²² Ausführlichere Analysen zur Pendlersituation in Berlin und Brandenburg sind zu finden im aktuellen Pendlerbericht des IAB Berlin-Brandenburg (vgl. Wiethölter/Wesling 2008).

²³ Die Pendlerdaten basieren auf der amtlichen Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (gesetzlicher Auftrag gemäß § 281 SGB III in Verbindung mit § 28a SGB IV).

arbeiten, aber außerhalb wohnen, ist 2007 ein Höchststand erreicht worden. Die Einpendlerquote²⁴ hatte mit 21,1 Prozent das bisher höchste Niveau erreicht und sich gegenüber 1995 fast verdoppelt. Von den 221.000 Einpendlern und Einpendlerinnen in die Hauptstadt stellten Brandenburger mit mehr als drei Viertel (76,1 % bzw. 168.000) die größte Gruppe dar, 14,4 Prozent (32.000) kamen aus den alten Bundesländern und 9,0 Prozent (20.000) aus den übrigen neuen Ländern (ohne Brandenburg).

Von den beschäftigten Frauen wohnte jede Fünfte nicht in der Hauptstadt. Die Einpendlerquote der Frauen lag 2007 bei 19,4 Prozent (Männer 22,8 Prozent; vgl. Abbildung 9). Seit Mitte der 1990er Jahre ist der Einpendleranteil der Frauen um 10,8 Prozentpunkte gewachsen, die Quote der Männer stieg im selben Zeitraum um 9,9 Prozentpunkte. Von allen Einpendlern und Einpendlerinnen nach Berlin waren 2007 fast die Hälfte Frauen (47,5 %). Der hohe Anteil an Dienstleistungsarbeitsplätzen in Berlin dürfte die hohe Pendlerzahl der Frauen erklären. In Brandenburg lag die Einpendlerquote der Frauen dagegen nur bei 10,8 Prozent (Männer: 17,8 %). Der Frauenanteil an den Einpendlern und Einpendlerinnen nach Brandenburg betrug 36,1 Prozent.

Abbildung 9: Entwicklung der Pendlerquoten in Berlin nach Geschlecht 1995 bis 2007



* Anteil der Auspendler und Auspendlerinnen an den jeweiligen Wohnortbeschäftigten; ** Anteil der Einpendler und Einpendlerinnen an den jeweiligen Arbeitsortbeschäftigten; soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

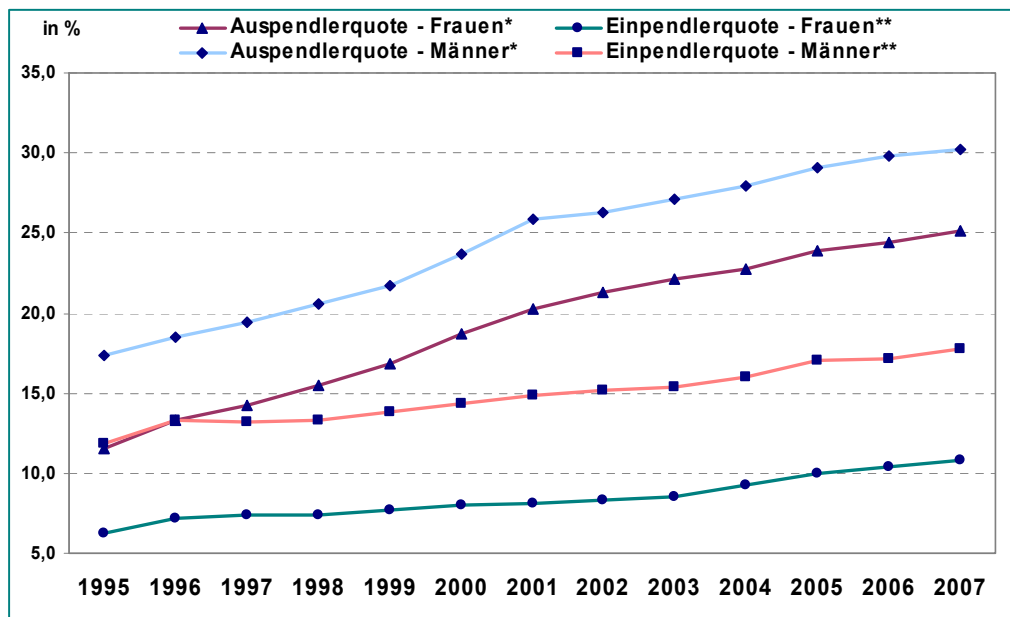
Mit einer Auspendlerquote²⁵ von über einem Viertel (27,7 %) erreicht das Land Brandenburg den höchsten Wert aller Bundesländer, was auf die besondere Funktion Berlins als Arbeitsplatzzentrum inmitten des Landes Brandenburgs zurückzuführen ist. Mitte 2007 erreichte die Auspendlerzahl Brandenburgs mit rund 238.000 Personen und einer Auspendlerquote von 27,7 Prozent einen neuen

²⁴ Die Einpendlerquote bezeichnet den Anteil der Einpendler/-innen an den jeweiligen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort.

²⁵ Die Auspendlerquote gibt den Anteil der Auspendler/-innen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort wieder.

Höchststand. Dabei zeigten sich Männer deutlich mobiler als Frauen. Die Auspendlerquote der Männer betrug 30,2 Prozent, die der Frauen 25,1 Prozent (vgl. Abbildung 10). Bezogen auf alle Beschäftigten, die außerhalb der Landesgrenze Brandenburgs arbeiteten, betrug der Anteil der Frauen 44,0 Prozent. Aber auch hier haben die Frauen aufgeholt. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Auspendlerquote der Frauen um 13,6 Prozentpunkte gestiegen (Männer: +12,8 Prozentpunkte).

Abbildung 10: Entwicklung der Pendlerquoten in Brandenburg nach Geschlecht 1995 bis 2007



* Anteil der Auspendler und Auspendlerinnen an den jeweiligen Wohnortbeschäftigten; ** Anteil der Einpendler und Einpendlerinnen an den jeweiligen Arbeitsortbeschäftigten; soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni;
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Nach Zielregionen (Bundesländern) betrachtet arbeiteten 70,6 Prozent aller Brandenburger Auspendler und Auspendlerinnen bzw. 168.000 Personen in Berlin. Bei diesen Auspendlern und Auspendlerinnen mit Zielrichtung Berlin betrug der Frauenanteil gut 50 Prozent (vgl. Tabelle 8). Es sind daneben aber auch bedeutende Verflechtungen mit anderen Bundesländern zu beobachten. In die übrigen neuen Bundesländer (ohne Berlin) pendelten insgesamt knapp 32.000 (13,3 %) Personen aus Brandenburg, vor allem nach Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Darüber hinaus hatten rund 38.000 Brandenburger (16,1 %) in den alten Bundesländern ihre Arbeitsstelle. Hier lag der Anteil der Frauen im Durchschnitt bei rund einem Viertel. Der höchste Frauenanteil an den Westpendlern und -pendlerinnen war nach Hessen (30,8 %) zu verzeichnen. Das vielfältige Angebot in der Dienstleistungsmetropole Frankfurt dürfte hierfür mit ursächlich sein. Generell ist festzustellen, dass mit zunehmender Entfernung der Frauenanteil deutlich abnimmt. Bezogen auf die Pendlerziele, die in räumlicher Nähe zu Brandenburg liegen (angrenzende Bundesländer), waren unter den Pendlern rund ein Drittel Frauen zu verzeichnen. Hingegen befanden sich unter den Fernpendlern und -pendlerinnen (vor allem in die südlichen Bundesländer) rund 80 Prozent Männer und 20 Prozent Frauen.

